

Thomas Milic, Philippe Rochat

# VOLKSABSTIMMUNG «CASINO-VERBOT» VOM 29. JANUAR 2023

ERGEBNISSE EINER ONLINEUMFRAGE



# Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	3	Stimmverhalten nach Haltung zum Geldspiel I.....	19
Abstimmungshistorie .....	4	Stimmverhalten nach Haltung zum Geldspiel II.....	20
Volksabstimmung: Amtliches Ergebnis.....	5	Stimmverhalten nach Haltung zum Geldspiel III.....	21
Unterschriftensammlung und Abstimmungsresultat .....	6	Stimmverhalten und Anzahl Casinos .....	22
Stimmbeteiligung .....	7	Anklang der Pro-Argumente I.....	23
Urnenabstimmung und briefliche Stimmabgabe .....	8	Anklang der Pro-Argumente II.....	24
Ungültige Stimmen.....	9	Anklang der Kontra-Argumente I .....	25
Umfrage zur Volksabstimmung .....	10	Anklang der Kontra-Argumente II .....	26
Informationen zur Datenerhebung.....	11	Anklang der Kontra-Argumente III .....	27
Entscheidungszeitpunkt und Entscheidungsschwierigkeit der Abstimmenden.....	12	Zusammenfassung: Welche Argumente motivierten den Stimmentscheid am stärksten? .....	28
Persönliche Bedeutung der Vorlage .....	14	Wichtigkeit der Informationskanäle nach Entscheid.....	29
Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen .....	16	Wichtigkeit der Informationskanäle über die Zeit.....	30
Stimmverhalten nach politischen Merkmalen .....	17	Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung.....	31
Stimmverhalten nach ordnungspolitischen Haltungen .....	18	Parteilinienübereinstimmung.....	32

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

DpL	Demokraten pro Liechtenstein
FBP	Fortschrittliche Bürgerpartei
FL	Freie Liste
MiM	Mensch im Mittelpunkt
VU	Vaterländische Union

## Zusammenfassung

Am 29. Januar 2023 hatte das Liechtensteiner Stimmvolk über das Initiativbegehren «Casino-Verbots» zu befinden. Das Begehren wurde von 73,3 Prozent der Stimmenden abgelehnt.

Soziodemografische Merkmale spielten für den Entscheid bestenfalls eine sekundäre Rolle. Alle Merkmalsgruppen lehnten die Vorlage ab. Einzig bei den Seniorinnen und Senioren fand sie eine Zustimmung von über 40 Prozent. Aber selbst diese Gruppe lehnte das Verbot mehrheitlich ab.

Die Parteisympathie war ebenfalls nur ein zweitrangiger Prädiktor des Stimmentscheids. VU- und FBP-Anhängerschaften lehnten die Initiative wuchtig ab (83 bzw. 81 %), ebenso Personen, die mit der DpL sympathisieren (72 %). Die FL-Sympathisantinnen und -Sympathisanten nahmen das Begehren an, aber nur knapp (54 %).

Ordnungspolitische Haltungen korrelierten hingegen stärker mit dem Entscheid. Wer dem Markt zutraut, sich effizient selbst zu regulieren, legte fast unisono (91 %) Nein ein, während jene, die ein staatliches Eingreifen für effizienter halten, viel eher (63 %) Ja stimmten.

Für den individuellen Stimmentscheid ausschlaggebend waren jedoch die Haltungen zum Geldspiel und zur spezifischen Ausgangslage in Liechtenstein. Zunächst

stimmten überzeugte Geldspielgegnerinnen und -gegner dem Verbot wenig überraschend mit überwältigender Mehrheit (87 %) zu. Ihr Anteil unter den Stimmenden ist allerdings gering, weniger als ein Fünftel. Sodann beeinflusste die Meinung, wie viele Casinos Liechtenstein verträgt, das Votum. Wer ein casinofreies Liechtenstein will, stimmte meist Ja (87 %). Wer mit einem Casino im Land leben kann, stimmte mehrheitlich (63 %) Ja. Wer die «Schmerzgrenze» hingegen bei zwei Casinos zieht, lehnte die Vorlage bereits wuchtig ab (88 %). Wem mehr als zwei Casinos grundsätzlich recht sind, stimmte fast ausschliesslich (97 %) Nein.

Besonders bemerkenswert ist dabei der Umstand, dass beinahe 80 Prozent der Stimmenden weniger als sechs Casinos im Lande wünscht. Kurzum, einer klaren Mehrheit ist die aktuelle Casinodichte offenbar zu hoch. Nichtsdestotrotz lehnte eine klare Mehrheit die Vorlage ab. Der Argumententest zeigt, warum. Eine Mehrheit der Stimmenden lehnte die in ihren Augen zu radikale Verbotslösung ab, selbst dann, wenn sie die Problemwahrnehmung der Initiantinnen und Initianten («zu viele Casinos im Land») teilten. Ein Verbot, so diese Stimmenden, gehe entweder zu weit, löse die Suchtprobleme nicht («Ausweichen auf das Internet») oder sei nicht (mehr) nötig (Moratorium). Hinzu

kommen auch noch jene Stimmenden, die sich im Falle eines Verbots Sorgen um die Verlässlichkeit und Liberalität des Liechtensteiner Wirtschaftsstandortes machten oder negative ökonomische Konsequenzen befürchteten (Arbeitsplätze und Steuereinnahmen). Zuletzt gab es auch solche Stimmenden, die mit der aktuellen Casinodichte kein Problem haben. Sie haben wenig überraschend so gut wie immer (98 %) Nein gestimmt. Kurzum, es gab verschiedene Motive, Nein einzulegen, die summiert eine deutliche Ablehnung ergaben. Gescheitert ist die Initiative primär daran, dass eine Mehrheit der Ansicht war, das Casino-Problem könne auch ohne Verbot gelöst werden.

# Abstimmungshistorie

Nach dem Wechsel von einem Konzessions- zu einem Bewilligungsregime (im Zuge der Änderung des Geldspielgesetzes 2016) nahm die Zahl der Casinos in den folgenden Jahren zu. Am Vorabend der Abstimmung (Januar 2023) waren sechs Casinos in Betrieb, nachdem zwei Casinos Ende 2022 bereits wieder geschlossen worden waren. Drei weitere Casinos waren zum Zeitpunkt der Abstimmung in Planung.

Einer Glücksspiel-kritischen Gruppierung, der «IG Volksmeinung», war dies zu viel. Sie formulierte eine Volksinitiative für ein totales Casino-Verbot und meldete sie zwecks Vorprüfung bei der Regierung. Die Initiative sah im Falle bestehender Spielbanken eine Übergangsfrist vor, innerhalb welcher sie ihren Betrieb einzustellen hätten. Die rechtliche Überprüfung der Regierung ergab, dass die Initiativforderungen sowohl verfassungskonform als auch mit dem EWR-Abkommen vereinbar seien. Einzig die möglichen Entschädigungsansprüche bestehender Casino-Betreiber im Falle einer Zustimmung an der Urne waren schwierig abzuschätzen, was indessen nicht gegen eine Abstimmung sprach. Dieser Einschätzung der Regierung folgte auch der Landtag.

Damit konnte die IG Volksmeinung mit der Unterschriftensammlung beginnen. Die notwendige Zahl von 1500 Unterschriften

wurde dabei klar übertroffen. Insgesamt wurde das Begehren mit 2'265 gültigen Unterschriften eingereicht. Im Landtag wurde die Vorlage indessen deutlich verworfen. 20 Abgeordnete stimmten dagegen, fünf dafür. Das letzte Wort würde demnach das Volk haben. Die entsprechende Volksabstimmung wurde auf den 29. Januar 2023 angesetzt.

Davor beschloss der Landtag indes ein bis Ende 2025 befristetes Bewilligungsmoratorium für Casinos. Die Zustimmung kam denkbar knapp zustande: Am Ende stimmten 13 von 25 Abgeordneten zugunsten eines Moratoriums. Der Moratoriumsentscheid wurde verschiedentlich als Versuch kritisiert, den Casino-Gegnerinnen und -Gegnern im Abstimmungskampf «den Wind aus den Segeln zu nehmen» ([Patrick Risch, FL](#)). Die Dringlichkeitserklärung des Moratoriums wurde hingegen klar verworfen.

Das Pro-Lager wurde von der überparteilichen «IG Volksmeinung» angeführt. Ihr schloss sich im Abstimmungskampf die FL an, welche an ihrer Nominationsversammlung «mit deutlicher Mehrheit» eine Ja-Parole beschloss.

Bekämpft wurde das Casino-Verbot vom Casino-Verband. Auch die Wirtschaftskammer (WKL) empfahl das Begehren zur Ablehnung ebenso wie die FBP (52:7 Stimmen) und die VU (34:0 Stimmen). Sodann sprachen

sich auch Regierung und Landtag gegen die Vorlage aus.

Nach zwei eher flauen Abstimmungskämpfen im Jahre 2022 (Franchise-Befreiung und 2G-Gesetz) wurde 2023 wieder lebhafter und kontroverser diskutiert. Neben einer «Leserbrief-Flut» (Liechtensteiner Volksblatt, 9. Januar 2023) wurden auch Informationsveranstaltungen durchgeführt. Der Casino-Verband organisierte eine solche, bei welcher Vertreter des Initiativkomitees jedoch fehlten. Anwesend waren sie indessen bei der von der Regierung durchgeführten Diskussionsrunde im Vaduzer Rathausaal, die im Landeskanal live übertragen wurde.

## Abstimmungsverhalten im Landtag nach Parteien am 2. November 2022

	Ja	Nein
FBP	2	8
VU	0	10
FL	2	1
DpL	1	1
<b>TOTAL</b>	<b>5</b>	<b>20</b>

# Volksabstimmung: Amtliches Ergebnis

## Abstimmungsergebnis vom 29. Januar 2023

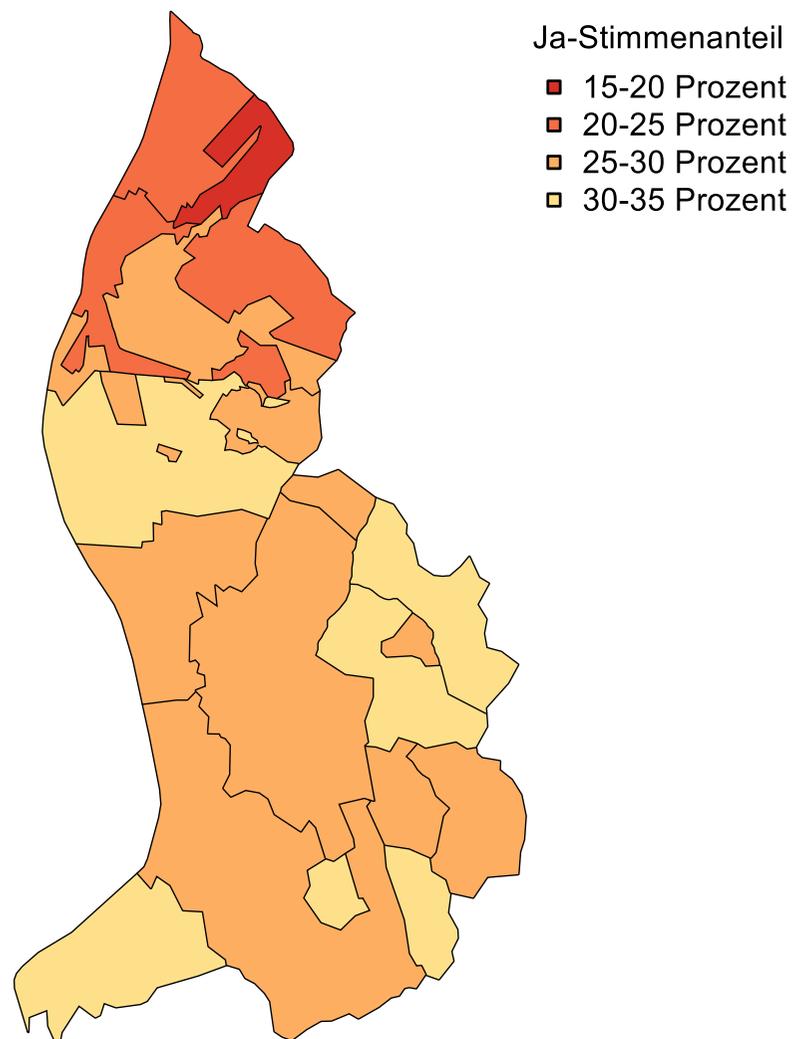
	Zahl
Stimmberechtigte	20'720
Abgegebene Stimmkarten	14'509
Stimmbeteiligung	70,0 %
Total gültige Stimmen	14'161
Ja-Stimmen	3'778
Nein-Stimmen	10'383
Ja-Anteil	26,7 %
Nein-Anteil	73,3 %

Quelle:

**Amtliche Kundmachung vom 6. Februar 2023**

Die Initiative zum Casino-Verbot wurde mit 73,3 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Die Ablehnung war in Schellenberg (80,7 %) und Ruggell (79,8 %) am höchsten. Die höchste Zustimmung fand die Vorlage in Balzers (32,3 %) und Schaan (31,0%). Die Zustimmung fiel im Oberland (29,1 %) etwas höher aus als im Unterland (22,6 %). Insgesamt sind die Differenzen zwischen den Gemeinden jedoch gering.

## Abstimmung «Casino-Verbot»: Ergebnis in den Gemeinden



Kartengrundlage: Bundesamt für Landestopografie

# Unterschriftensammlung und Abstimmungsresultat

2'265 gültige Unterschriften wurden für das Begehren gesammelt. Betrachtet man nur Initiativen seit 1993, so wurden für fünf Initiativen mehr und für acht Initiativen weniger Unterschriften gesammelt.

*In der Tabelle ist die Zahl der Unterschriften bei Volksinitiativen und Referenden seit 1993 dargestellt. Für ein Referendum oder eine Gesetzesinitiative sind 1'000 Unterschriften erforderlich; für ein Staatsvertragsreferendum oder eine Verfassungsinitiative werden 1'500 Unterschriften benötigt.*

## Unterschriften für Referenden und Initiativen seit 1993 (grün=Vorlage angenommen)

Jahr	Vorlage	Instrument	Quorum	Unterschriften	Ja (%)
1993	Landtagsgebäude und Regierungsviertel	Referendum	1'000	2'657	20,4
1999	Krankenversicherung	Initiative	1'000	1'972	34,0
2000	Preiswerter Wohnungsbau	Referendum	1'000	1'616	33,9
2000	Schwerverkehrsabgabe	Referendum	1'000	2'213	71,0
2002	Verkehrspolitik	Initiative	1'500	2'431	45,5
2003	Verfassungsrevision (Fürst)	Initiative	1'500	6'244	64,3
2003	Verfassungsrevision (Komitee)	Initiative	1'500	2'200	16,6
2004	Obligatorische Unfallversicherung	Referendum	1'000	2'827	33,7
2004	Polizeigebäude/Sicherheitszentrum	Referendum	1'000	3'658	31,8
2005	Schwangerschaftsabbruch und Sterbehilfe	Initiative	1'500	1'891	18,7
2006	Halten von Hunden	Referendum	1'000	1'608	62,7
2009	Rauchverbot	Referendum	1'000	2'568	52,2
2009	SPES I	Referendum	1'000	2'256	47,1
2009	Mobilfunk	Initiative	1'000	2'088	57,0
2010	Industriezubringer Schaan	Referendum	1'000	1'257	51,9
2011	Partnerschaftsgesetz	Referendum	1'000	1'208	68,8
2011	Schwangerschaftsabbruch	Initiative	1'000	1'580	47,7
2011	Landesspital	Referendum	1'000	2'951	41,9
2012	Vetorecht des Fürsten	Initiative	1'500	1'726	23,6
2014	Pensionskasse – Win-Win-90	Initiative	1'000	2'361	43,9
2014	Pensionskasse – Win-Win-50	Initiative	1'000	2'327	49,7
2015	Krankenversicherungsgesetz	Referendum	1'000	2'636	53,2
2016	Familienzulagen	Initiative	1'000	1'144	17,6
2018	Tour de Ski	Referendum	1'000	1'730	40,7
2020	HalbeHalbe	Initiative	1'500	1'863	21,3
2022	Franchise-Befreiung	Initiative	1'000	2'846	63,9
2022	Gesetzliche Grundlage 2G	Referendum	1'000	3'572	47,3
2023	Casino-Verbot	Initiative	1'000	2'265	26,7

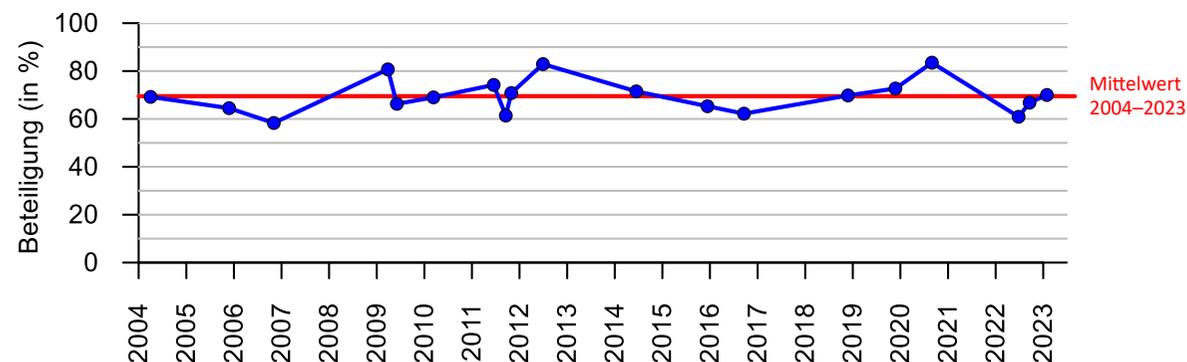
# Stimmbeteiligung

Die durchschnittliche Beteiligungsrateseit 2004 beträgt rund 69 Prozent. Die Partizipationsquote der Abstimmung vom 29. Januar 2023 liegt mit 70 Prozent ganz leicht über diesem Durchschnittswert.

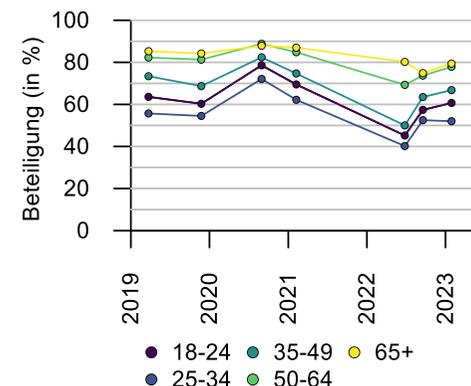
Frauen (70,2 %) und Männer (69,9 %) beteiligten sich fast gleich häufig. Grösser sind die Unterschiede demgegenüber zwischen den Altersgruppen: Am fleissigsten (79,4 %) nahmen – wie in den drei vorangehenden Urnengängen – die über 64-Jährigen teil, während die tiefste Partizipationsquote einmal mehr bei den 25- bis 34-Jährigen zu liegen kam (52,0 %). Ähnlich häufig wie die älteste Altersgruppe partizipierte die zweitälteste Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen (77,9 %).

In allen Altersgruppen mit Ausnahme der 25- bis 34-Jährigen hat die Teilnahmequote im Vergleich zur letzten Abstimmung vom 18. September 2022 (2G-Gesetz) um einige Prozentpunkte zugenommen.

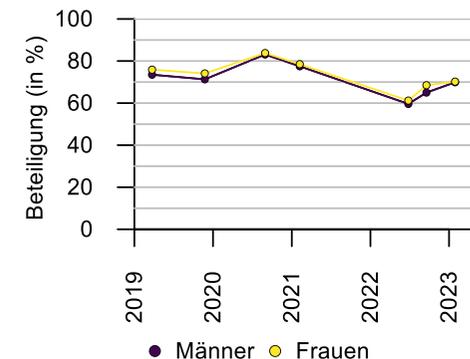
### Stimmbeteiligung bei Volksabstimmungen seit 2004 (in Prozent)



### Beteiligung nach Alter



### Beteiligung nach Geschlecht



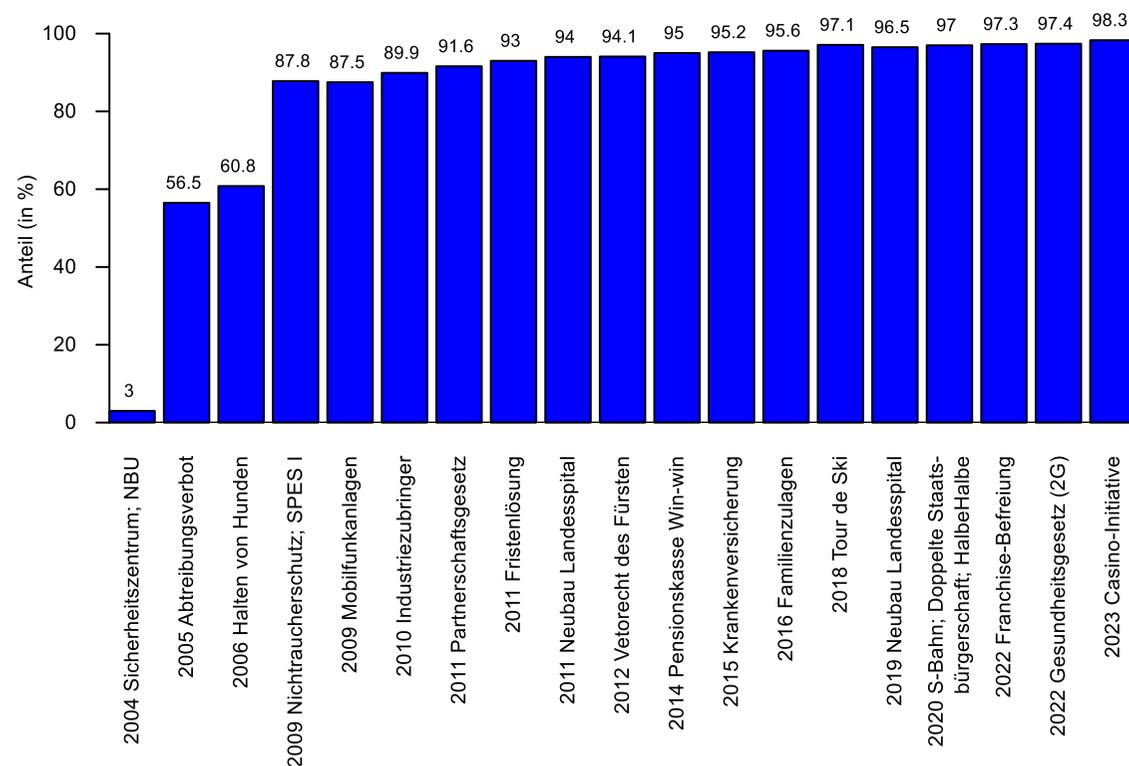
Quellen: Amtliche Kundmachungen zu den Abstimmungen; Stabsstelle Regierungskanzlei, Gemeinden.

# Urnenabstimmung und briefliche Stimmabgabe

Bis zur Volksabstimmung über das Sicherheitszentrum und den NBU-Beitrag im April 2004 konnte nur unter bestimmten Voraussetzungen brieflich an Wahlen und Abstimmungen teilgenommen werden.

Mit der Einführung der allgemeinen Briefwahl nahm der Anteil derjenigen, die brieflich an Abstimmungen teilnehmen, rasch zu: 2005 und 2006 betrug deren Anteil bereits rund 60 Prozent. Seit 2011 liegt er bei über 90 Prozent. Bei der Abstimmung vom 29. Januar 2023 nahm der Anteil brieflich abgegebener Stimmen erneut leicht zu und erreichte einen neuen Spitzenwert von 98,3 Prozent.

Anteil briefliche Stimmabgabe seit 2004 (in Prozent)



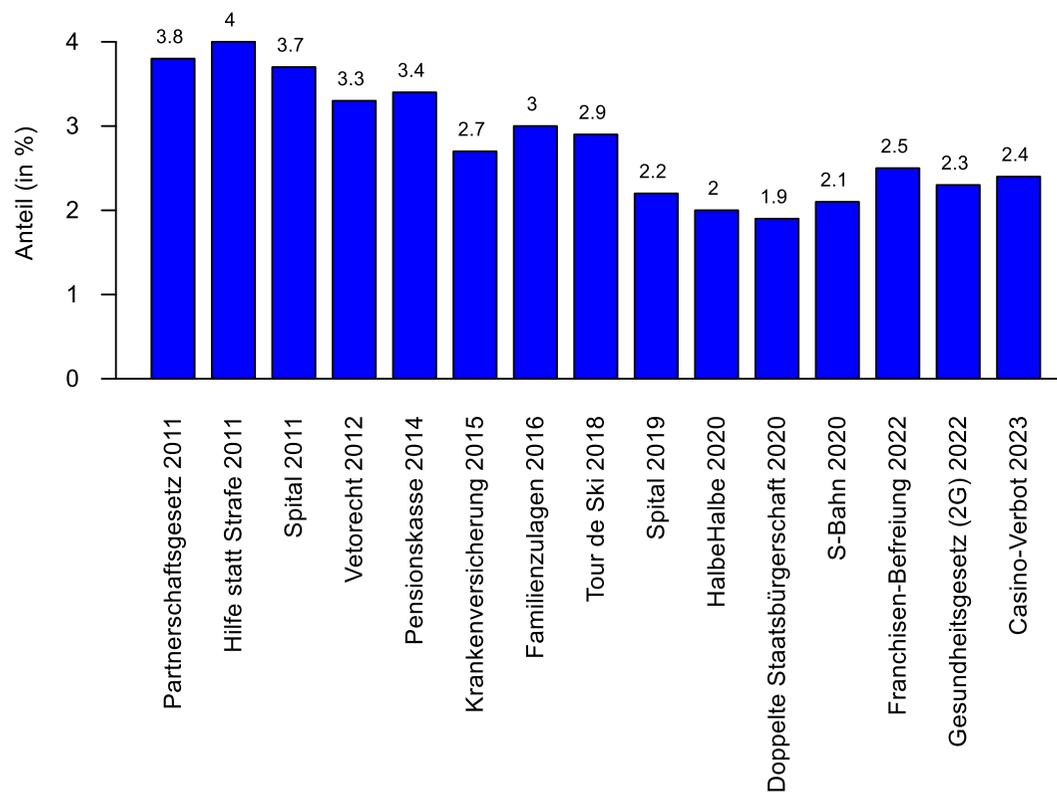
Quelle: Amtliche Kundmachungen zu den Abstimmungsergebnissen; eigene Ermittlungen.

# Ungültige Stimmen

Rund 2,4 Prozent (348 Stimmen) aller abgegebenen Stimmen waren ungültig. Diese verteilen sich auf 223 ungültig brieflich abgegebene Stimmen, 20 nicht eingelegte Stimmkuverts, 85 ungültige Stimmzettel in den Stimmkuverts und 20 leere Stimmkuverts.

Seit 2019 pendelt der Anteil ungültiger Stimmen zwischen 1,9 und 2,5 Prozent. Die Abstimmung zum Casino-Verbot bewegt sich ebenfalls in diesem Bereich.

### Anteil ungültige Stimmen bei Volksabstimmungen seit 2011



Quelle: Amtliche Kundmachungen zu den Abstimmungsergebnissen.

# Umfrage zur Volksabstimmung

In Kooperation mit dem Liechtensteiner Vaterland und dem Liechtensteiner Volksblatt führte das Liechtenstein-Institut eine Onlineumfrage durch. Die Konzeption, Durchführung und Auswertung lag im alleinigen Verantwortungsbereich des Liechtenstein-Instituts, während die beiden Medienhäuser wesentlich für die wiederholte öffentlichkeitswirksame Information und Aufforderung zur Teilnahme an der Umfrage via eigene Print- und Onlinemedien sowie Social-Media-Kanäle zuständig waren. Daneben wurde auch auf Radio Liechtenstein zur Umfrageteilnahme aufgerufen.

Der Anteil brieflich abgegebener Stimmen betrug bei dieser Abstimmung rund 98 Prozent. Demnach wurde der Stimmentscheid in den allermeisten Fällen deutlich vor dem Abstimmungssonntag gefällt. Entsprechend wurde die Umfrage bereits am 18. Januar lanciert, also rund 12 Tage vor dem Abstimmungstermin. Die Umfrage wurde am Abstimmungssonntag um Mitternacht beendet.

Die Umfrage stand für alle Bevölkerungsgruppen offen. Die Aufforderung zur Teilnahme erfolgte über liechtensteini-sche Medienkanäle. Fragen nach Alter und Stimmberechtigung lassen Auswertungen zu, die die Gesamtheit der Umfrageteilneh-

menden oder nur die Stimmberechtigten berücksichtigen. In den nachfolgenden Analysen werden indessen nur die Stimmenden berücksichtigt.

Verglichen mit der tatsächlichen Zusammensetzung der Bevölkerung beziehungsweise der Stimmberechtigten nach soziodemografischen und Einstellungsmerkmalen weichen die Umfrageteilnehmenden in einigen Aspekten ab. In der Umfrage sind beispielsweise die Männer, das mittlere Alterssegment, aber auch die Nein-Stimmenden übervertreten (vgl. Tabelle). Solche Verzerrungen sind für Onlineumfragen typisch, nicht nur in Liechtenstein. Um diese Verzerrungen im Datensatz auszugleichen, wurde in diesem Bericht bei den Datenanalysen eine Gewichtung nach Alter, Geschlecht und Stimmentscheid vorgenommen.

Im Vergleich zu telefonischen Befragungen schneiden Onlineumfragen generell nicht schlechter ab, denn auch bei Telefonumfragen zeigen sich Abweichungen vom Bevölkerungsquerschnitt, allerdings in anderer Richtung, da beispielsweise die Jungen zunehmend untervertreten sind.

Für die statistische Auswertung wurden basierend auf den Umfragedaten teilweise neue Variablen gebildet.

## Vergleich Anteile Umfrage und Anteile gemäss offizieller Beteiligungsstatistik

Stimmberechtigte	IST %	Umfrage %
<b>Geschlecht</b>		
Männer	48,7	66,2
Frauen	51,3	33,8
<b>Alter</b>		
18–24 Jahre	9,1	4,1
25–34 Jahre	11,6	13,5
35–49 Jahre	20,5	29,7
50–64 Jahre	29,0	31,8
65+ Jahre	29,8	20,8
<b>Entscheid</b>		
Ja	26,7	23,0
Nein	73,3	77,0

Quellen: Eigene Berechnungen auf Basis der Statistiken zur Wahlbeteiligung der Stabsstelle Regierungskanzlei (SRK).

# Informationen zur Datenerhebung

## Informationen zur Datenerhebung

### Durchführung

Liechtenstein-Institut

---

### Medienpartner

Liechtensteiner Vaterland,  
Liechtensteiner Volksblatt

---

### Fragebogen

Liechtenstein-Institut

---

### Methode

Offene Onlineumfrage

---

### Grundgesamtheit

Keine Begrenzung

---

### Stichprobe

Keine Stichprobe, offene Befragung

---

### Onlinezugang

18.1.2023 (00:00 Uhr) bis 29.1.2023 (24:00 Uhr)

---

### Gültige Teilnahme

1'935 Befragte

---

### Vertrauensbereich/Messgenauigkeit

Max. +/-2,47 Prozent bei 95 Prozent Sicherheit

---

### Gewichtung

Nach Alter, Geschlecht, Entscheid  
(begrenzt bei max. 4.0 bzw. min. 0.25)

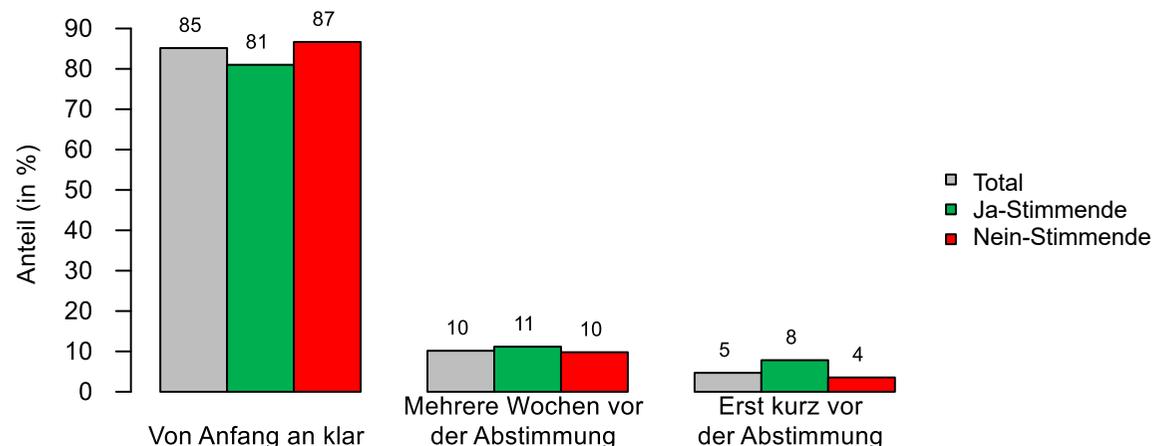
---

# Entscheidungszeitpunkt und Entscheidungsschwierigkeit der Abstimmenden

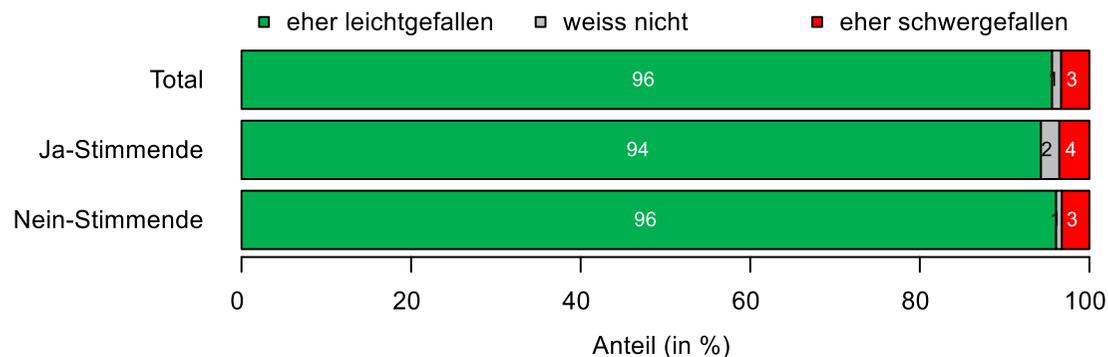
Die Meinungen zum Casino-Verbot standen früh fest. 85 Prozent wussten gemäss eigenem Bekunden von Beginn weg, wie sie abstimmen werden. Spätentscheidende («erst kurz vor der Abstimmung») tendierten indessen eher zu einem Ja (44 % Ja-Anteil) als Frühentscheider (25 %). Geändert hat dies am Endresultat nichts – zu deutlich war das Verdikt des Stimmvolks.

Einer überwältigenden Mehrheit (96 %) der Stimmenden fiel es wenig überraschend leicht zu verstehen, worum es bei der Vorlage grundsätzlich ging. Die Casino-Thematik ist hierzulande den allermeisten vertraut.

Entscheidungszeitpunkt der Abstimmenden (in Prozent; N = 1'566)



Entscheidungsschwierigkeit der Abstimmenden (in Prozent; N = 1'566)

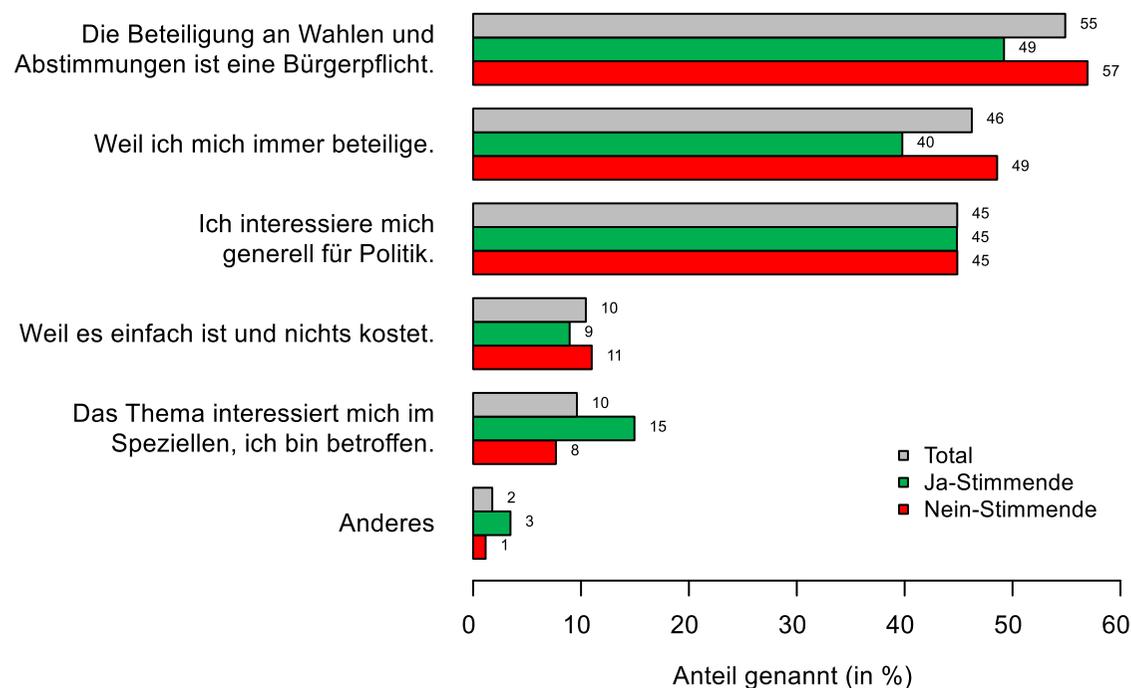


## Teilnahme Gründe

Erstmals bei einer Abstimmungsumfrage hat das Liechtenstein-Institut nach konkreten Gründen der Teilnahme gefragt. Die beiden meistgenannten Gründe sind die Wahrnehmung der Teilnahme als Bürgerpflicht und die Regelmässigkeit der Teilnahme. Beide Gründe werden von den Nein-Stimmenden häufiger genannt als von den Ja-Stimmenden. Gleichauf liegen die beiden Gruppen sodann beim dritten Grund, dem generellen Interesse an Politik.

Die drei meistgenannten Gründe stehen nicht in einem direkten Bezug zum konkreten Abstimmungsgegenstand. Nur etwa jede zehnte Person interessierte sich für das Thema im Speziellen oder ist davon betroffen. Dieser Anteil ist unter den Ja-Stimmenden höher als unter den Nein-Stimmenden. Dies spiegelt sich auch in der wahrgenommenen Bedeutung der Vorlage (siehe nächste Seite).

Gründe für die Teilnahme (Anteil in %, N = 1'566, Mehrfachantworten möglich)

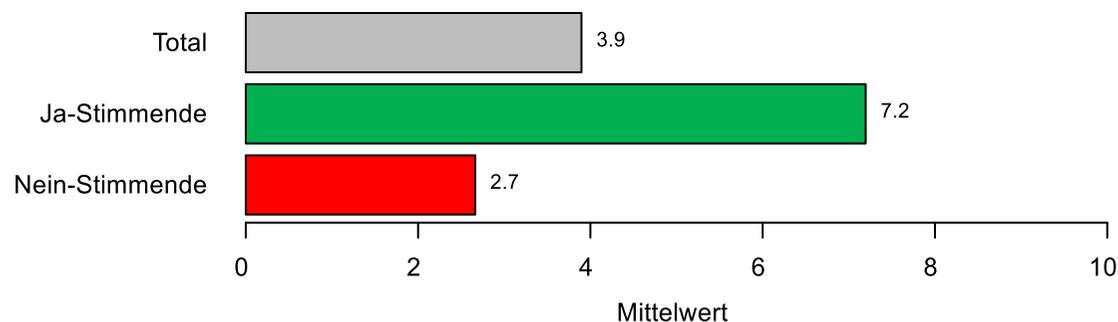


## Persönliche Bedeutung der Vorlage

In der Onlineumfrage konnten die Befragten auf einer Skala zwischen 0 und 10 angeben, wie wichtig die Vorlage für sie persönlich war, wobei 0 für «überhaupt nicht wichtig» und 10 für «sehr wichtig» stand. Im Schnitt erzielte die Casino-Vorlage einen Wert von 3.9. Dieser liegt klar tiefer als in den beiden letztjährigen Abstimmungen zum 2G-Gesetz (5.6) und zur Franchise-Befreiung (5.9).

Dabei fällt auf, dass die Nein-Stimmenden der Vorlage eine eindeutig geringere persönliche Bedeutung beimessen als die Ja-Stimmenden, die auf einen Mittelwert von 7.2 kommen. Es ist zwar üblich, dass die Ja-Stimmenden einer Vorlage eine grössere Bedeutung beimessen als die Nein-Stimmenden. Ein so grosser Unterschied zwischen den beiden Gruppen wie bei dieser Abstimmung ist aber aussergewöhnlich.

Mittelwert der persönlichen Bedeutung der Vorlage (N = 1'566)



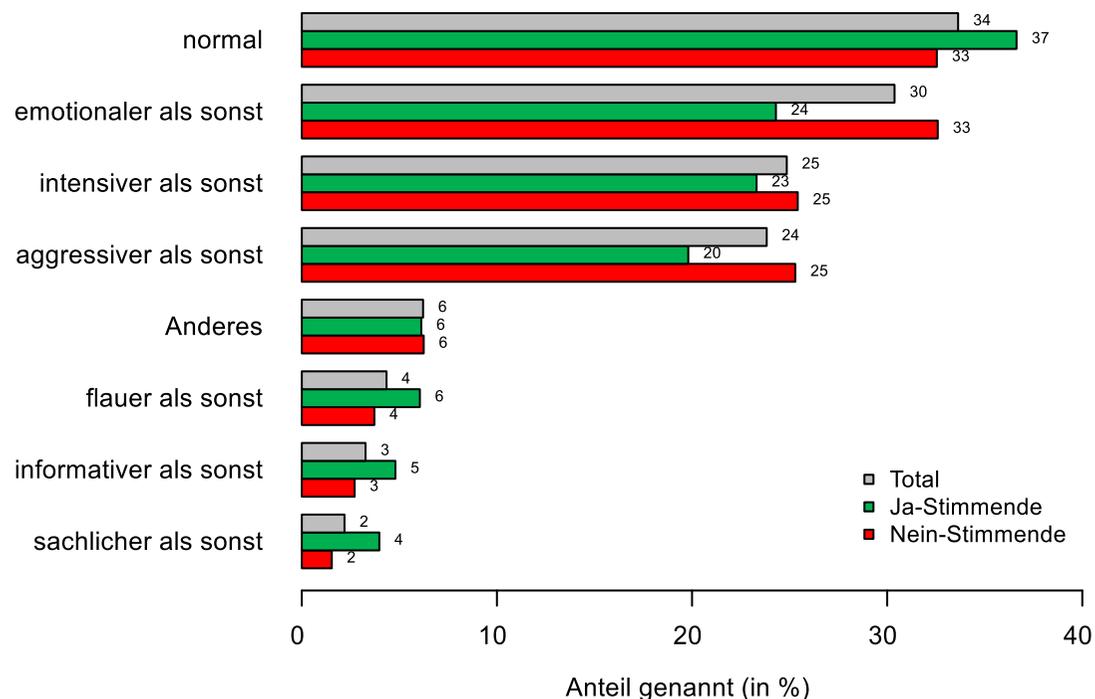
# Wahrnehmung des Abstimmungskampfes

Der Abstimmungskampf wurde von rund einem Drittel der Stimmenden als «normal» wahrgenommen. Diese Einschätzung wird von den Ja-Stimmenden etwas häufiger geteilt als von den Nein-Stimmenden.

Etwa ein Drittel der Nein- und ein Viertel der Ja-Stimmenden empfanden den Abstimmungskampf als emotionaler als sonst. Ferner gab jede vierte Person an, der Abstimmungskampf sei intensiver als sonst gewesen. Ein Fünftel der Ja-Stimmenden und ein Viertel der Nein-Stimmenden nahmen den Abstimmungskampf als aggressiver wahr. Es sind somit jeweils grössere Anteile von Nein- als von Ja-Stimmenden, die den Abstimmungskampf als emotionaler, intensiver und/oder aggressiver empfanden.

Kleine Minderheiten erlebten den Abstimmungskampf als flauer (4%), informativer (3%) und/oder sachlicher (2%) als üblich.

Wahrnehmung des Abstimmungskampfes (Anteil in %, N = 1'566, Mehrfachantworten möglich)



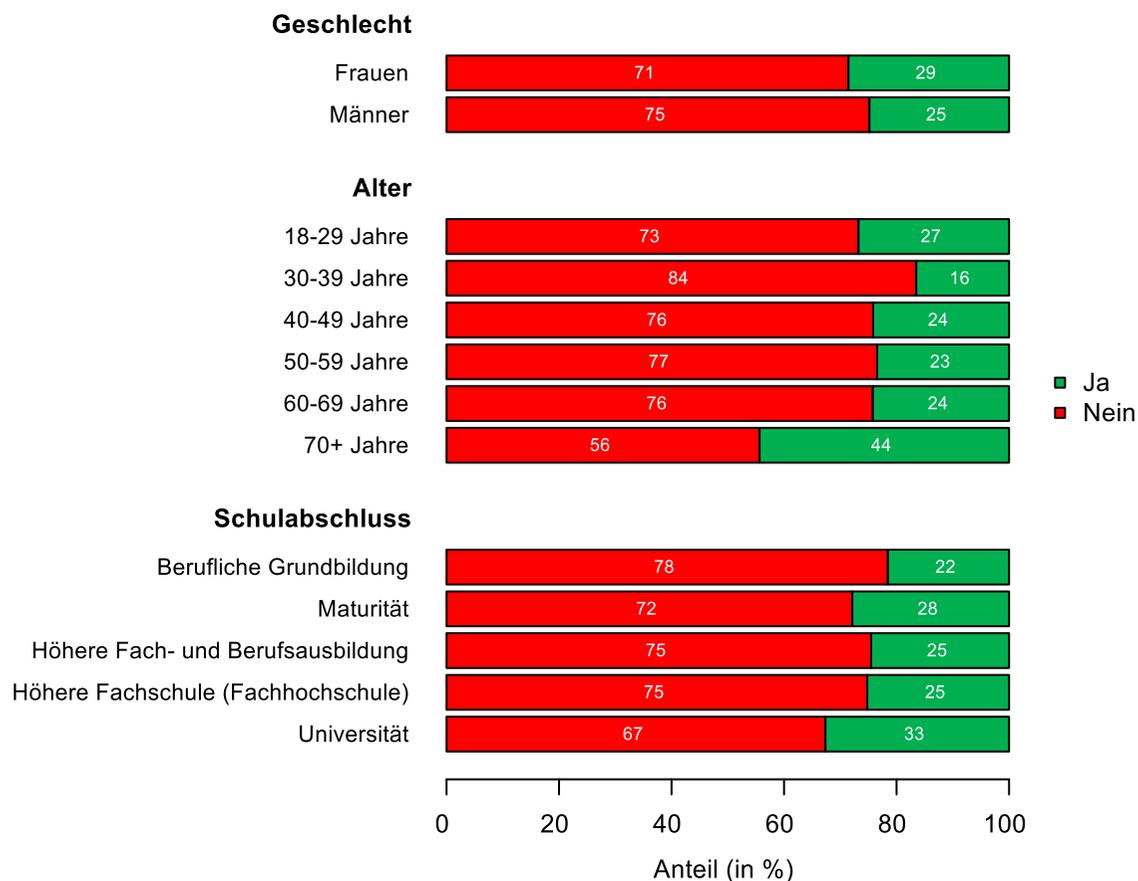
Bei dieser Frage waren Mehrfachantworten möglich. Über 90 Prozent, die «normal» ankreuzten, wählten aber nur diese Option aus, womit gesagt werden kann, dass rund ein Drittel den Abstimmungskampf als gewöhnlich wahrnahm.

# Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen

Soziodemografische Merkmale spielten für den Stimmentscheid kaum eine Rolle. Weder das Geschlecht noch das Alter noch sozioökonomische Merkmale wie das Einkommen, die Beschäftigung oder der Schulabschluss waren von erheblicher Relevanz für den Entscheid. Die Seniorinnen und Senioren (70+ Jahre) sympathisierten noch am stärksten mit einem Casino-Verbot (44 % Ja-Anteil), aber auch sie lehnten das Begehren mehrheitlich ab.

Soziale Gräben öffneten sich am Abstimmungssonntag vom 29. Januar 2023 im Gegensatz zu den vorherigen beiden Urnengängen (Franchise-Befreiung und Gesetzliche Grundlage 2G) demnach nicht.

Stimmentscheid nach soziodemografischen Merkmalen (in Prozent; N = 1'566)

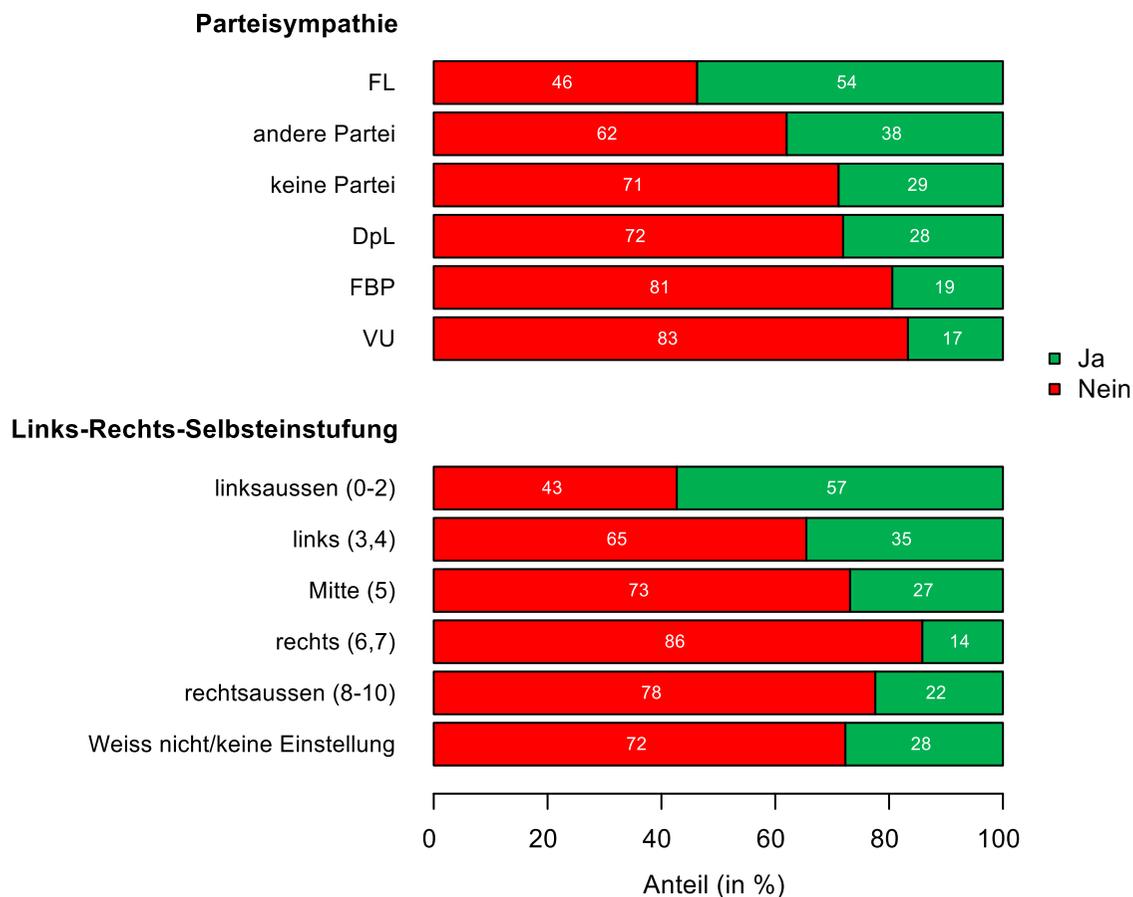


# Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Generelle politische Merkmale hatten einen gewissen Einfluss auf den Entscheid, aber keinen überragenden. VU- und FBP-Sympathisierende verwarfen das Begehren in Bausch und Bogen (>80 % Nein-Anteil), bei der DpL-Anhängerschaft und den Parteiungebundenen lag der Nein-Stimmen-Anteil nur etwas tiefer (rund 70 %). Einzig die FL-Gefolgschaft nahm das Begehren an, aber nur knapp (54 %). Fast die Hälfte der FL-Anhängerschaft verwehrt demnach der Parole ihrer Partei («JA») die Gefolgschaft. Angesichts der üblicherweise hohen Parolendisziplin der FL-Sympathisantinnen und -Sympathisanten ist dies durchaus bemerkenswert.

Die Aufschlüsselung nach Links-Rechts-Selbsteinstufung bringt etwas mehr Licht in das Stimmverhalten des linken Lagers. Linksaussen (Stimmende, die sich bei 0, 1 oder 2 auf einer Links-Rechts-Skala, die von 0 bis 10 reicht, einstuften) stiess die Vorlage auf Zustimmung (57 %). Aber bereits im gemässigt-linken Lager fiel die Vorlage mehrheitlich durch. In der Mitte und im rechten Lager war das Casino-Verbot chancenlos.

Stimmentscheid nach politischen Merkmalen (in Prozent; N = 1'566)



# Stimmverhalten nach ordnungspolitischen Haltungen

Ordnungspolitische Haltungen korrelieren deutlich stärker mit dem Urnenentscheid als politische und soziodemografische Merkmale.

Der Zusammenhang zwischen der Vorlagezustimmung und der Regulierungshaltung sieht wie ein Kaskadenwasserfall (siehe Abbildungen) aus. Wer mehr Staatseingriffe im Markt wünscht, legte meist auch ein Ja in die Urne (75%). Je stärker man jedoch den freien (Markt-)Wettbewerb bevorzugt, desto eher tendierte man zu einem Nein. Die Zustimmung nimmt sukzessive und fast schon gleichmässig ab, je weiter man sich in Richtung «mehr Wettbewerb» bewegt. Deziertierte Marktbefürworter lehnten die Vorlage fast unisono (91%) ab.

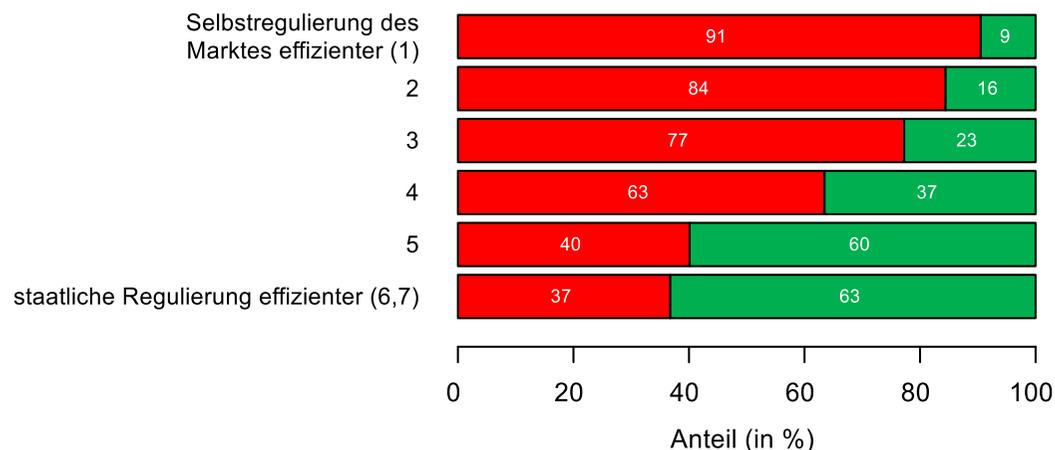
Ähnlich stark ist der Zusammenhang zwischen der Haltung zur Selbstregulierungsfähigkeit des Marktes und dem Abstimmungsentscheid. Wer der Ansicht ist, der Markt koordiniere Angebot und Nachfrage effizienter als der Staat, lehnte das Begehren meist ab. Wer gegenteiliger Ansicht war, hiess es oft gut. Kurz, eine klare Mehrheit hierzulande vertraut dem Markt im Generellen (und ergo wohl auch dem Spielbanken-Markt im Speziellen), sich selbst zu regulieren.

Stimmentscheid nach ordnungspolitischen Haltungen (in Prozent; N = 1'566)

## Staatseingriffe vs. Wettbewerb



## Selbst- vs. staatliche Regulierung



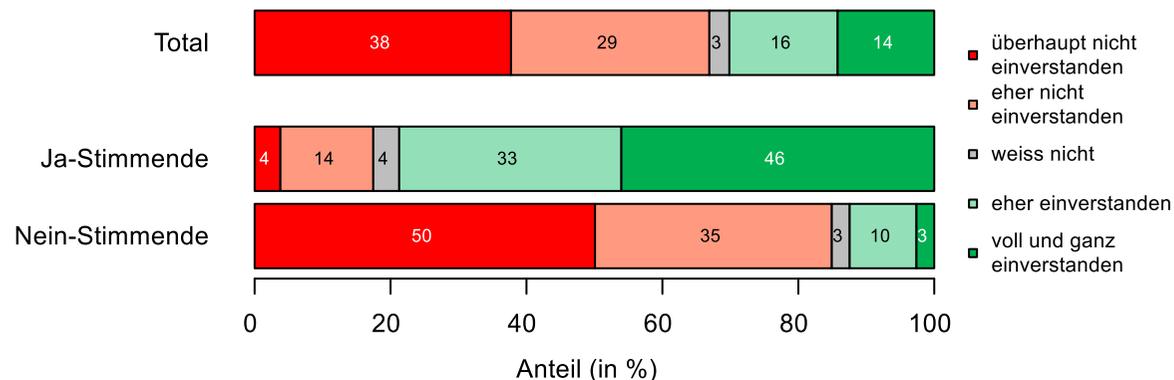
# Stimmverhalten nach Haltung zum Geldspiel I

Haltungen zum Geldspiel im Speziellen liegen psychologisch näher am Entscheid als abstraktere gesellschaftspolitische Haltungen. Ihr unmittelbarer Effekt auf den Entscheid ist demnach meist stärker als jener genereller politischer Haltungen.

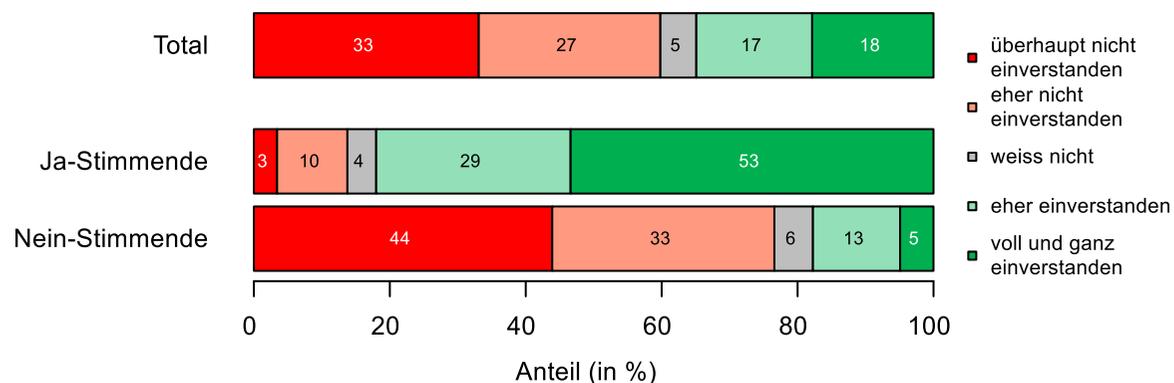
Wer Geldspiel aus moralischen oder sozialen Gründen verurteilt, legte meist ein Ja in die Stimmurne. Diese grundsätzlichen Gegnerinnen und Gegner des Geldspiels machen bereits etwa 80 Prozent des Ja-Lagers aus. Bemerkenswert ist, dass es auch unter den Nein-Stimmenden solche, wenn auch nur wenige (13%), gab, die das Geldspiel grundsätzlich ablehnen. Trotzdem lehnten sie ein Verbot ab.

Geldwäsche, Prostitution und Verkauf von Drogen vermutet etwa ein Drittel (35%) aller Teilnehmenden im Umfeld von Spielbanken. Aber längst nicht alle von ihnen stimmten dem Casino-Verbot in der Folge zu.

**«Geldspiel ist grundsätzlich schlecht bzw. schädlich. Deshalb soll der Staat es mit allen legalen Mitteln bekämpfen.»**



**«Im Umfeld von Spielbanken kommt es immer wieder zu Geldwäsche, Prostitution und Verkauf von Drogen. Deshalb soll der Staat das Geldspiel mit allen legalen Mitteln bekämpfen.»**

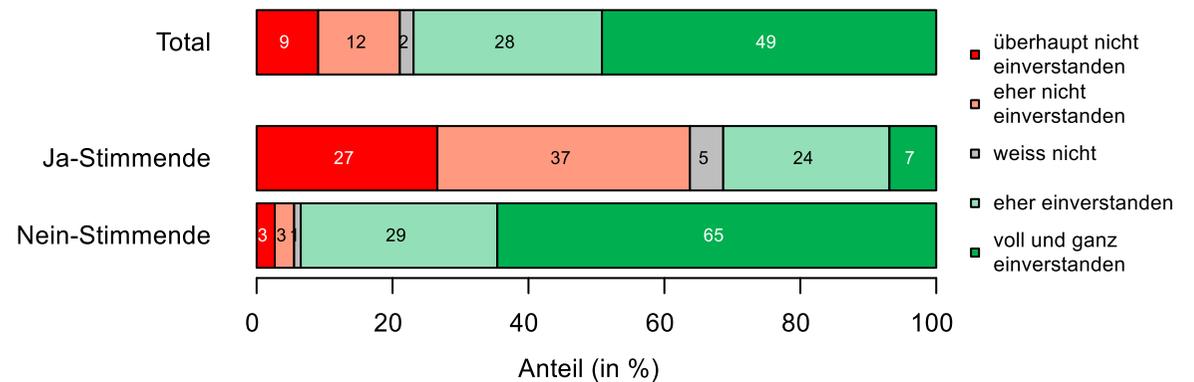


# Stimmverhalten nach Haltung zum Geldspiel II

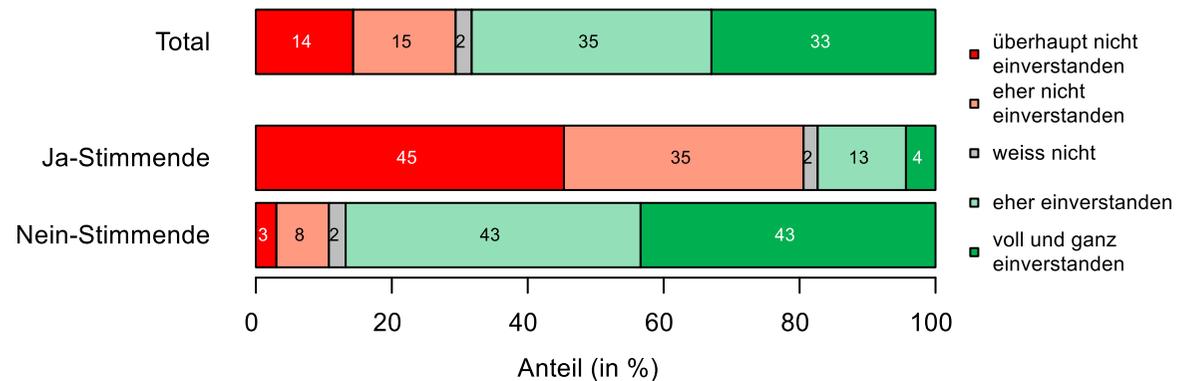
Die grosse Mehrzahl der Befragten pflichtete der Sichtweise bei, dass Geldspiel zwar schädlich, aber nicht aus der Welt zu schaffen sei, weshalb der Staat das Geldspiel kontrollieren und regulieren, nicht aber verbieten solle. Kontrolle und Regulierung ja, Verbot nein, weil nutzlos – fast alle Nein-Stimmenden teilten diese Ansicht. Interessanterweise war aber auch ein knappes Drittel (31 %) der Ja-Stimmenden dieser Meinung («Regulieren, nicht verbieten»), stimmte aber gleichwohl für ein Verbot.

Ähnlich sieht das Antwortmuster zur Aussage aus, wonach das Geldspiel nun mal ein Bedürfnis mancher Menschen sei und der Staat nicht vorschreiben solle, was Menschen dürfen sollen. Die Nein-Stimmenden waren davon überzeugt, die Ja-Stimmenden nicht.

**«Das Geldspiel ist zwar schädlich, lässt sich aber – auch wegen den Geldspielmöglichkeiten im Internet – nicht aus der Welt schaffen. Der Staat soll das Geldspiel deshalb kontrollieren und regulieren, nicht aber verbieten.»**



**«Das Geldspiel ist nun mal ein Bedürfnis mancher Menschen. Der Staat soll nicht vorschreiben, was Menschen dürfen sollen oder nicht.»**

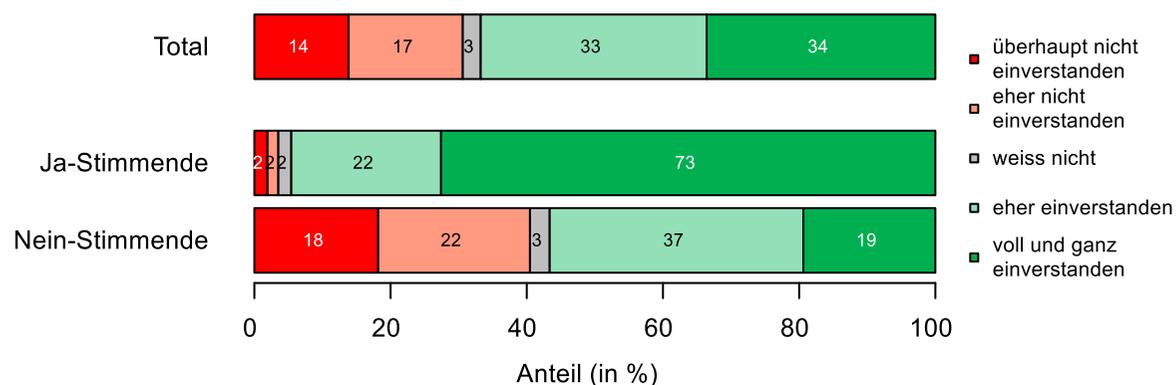


## Stimmverhalten nach Haltung zum Geldspiel III

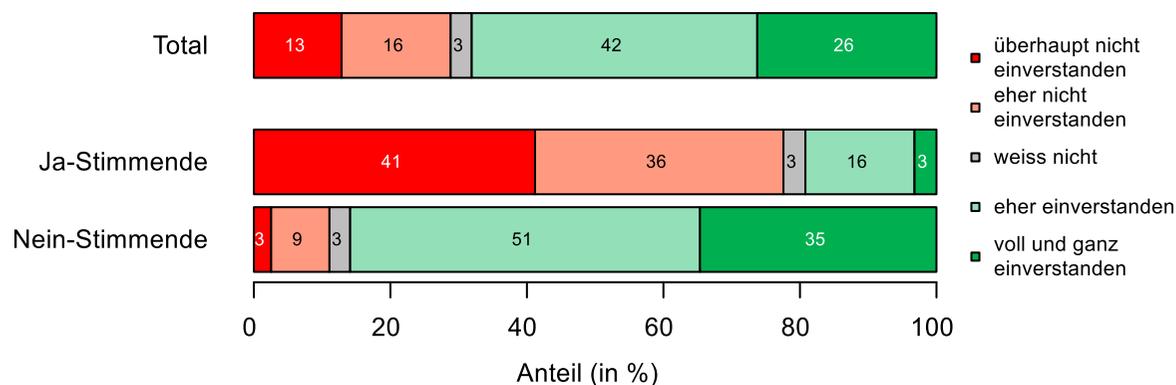
Worauf sich Ja- und Nein-Stimmende (mehrheitlich) einigen konnten, ist die Notwendigkeit einer stärkeren Regulierung des Geldspiels als bei anderen Gütern. Die Ja-Stimmenden hatten daran überhaupt keinen Zweifel, aber auch die Mehrheit der Nein-Stimmenden (56%) sah im Geldspiel ein «delikates» Gut, das einer stärkeren Regulierung bedarf als andere, «normale» Güter. Die meisten Nein-Stimmenden betrachteten ihren Stimmentscheid also nicht als Freifahrtsschein für eine komplette Liberalisierung des Geldspielmarktes. Aber ein generelles Verbot ging ihnen zu weit.

Geldspiel generiert Steuereinnahmen. Eine klare Mehrheit der Ja-Stimmenden (77%) bezweifelte aber, dass diese Einnahmen am Ende allen zugutekommen. Möglich, dass diese Ja-Stimmenden auch zum Ausdruck bringen wollten, dass man auf diese Einnahmen verzichten kann und soll. (Dass Steuereinnahmen generiert werden, kann kaum bezweifelt werden, denn dies ist ein Fakt. Möglicherweise waren diese Stimmen der Ansicht, Geldspiel generiere in der Bilanz mehr finanziellen Schaden als Nutzen etc.) Die Nein-Stimmenden kamen bei ihrer Abwägung allerdings zum gegenteiligen Resultat.

«Wegen der Gefahr der Spielsucht ist das Geldspiel nicht ein normales Gut wie Schuhe oder Kleider. Darum muss es auch stärker reguliert werden als andere normale Güter.»



«Das Geldspiel mag zwar schädlich sein, aber es generiert dem Staat auch (Steuer-)Einnahmen, die am Ende allen zugutekommen.»

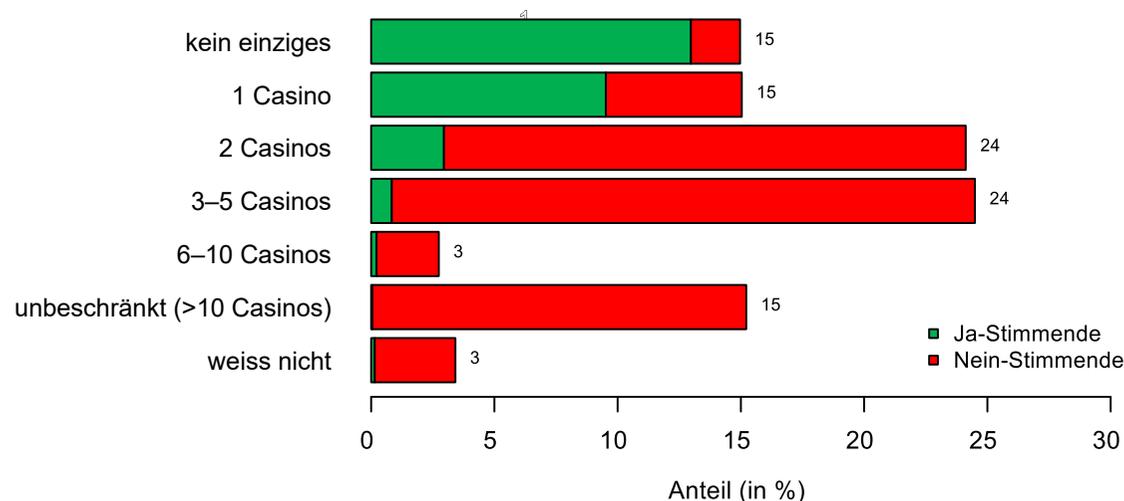


## Stimmverhalten und Anzahl Casinos

Bei der Casino-Verbots-Abstimmung konnte man, wie bei jeder Sachabstimmung, lediglich zwischen zwei Optionen auswählen: Entweder kein Casino binnen fünf Jahren («JA») oder der Status quo (derzeit sechs Casinos plus hängige Bewilligungsverfahren) («NEIN»). Aber die Präferenz hinsichtlich der Anzahl Casinos, die es in Liechtenstein inskünftig geben soll, hat nicht nur zwei Ausprägungen. Zwischen keinem und sechs (oder mehr) Casinos gibt es weitere numerische Werte. In der Umfrage wurde deshalb die Frage gestellt, wie viele Casinos es aus der Sicht des Befragten in Liechtenstein geben sollte.

Zunächst: 15 Prozent der Stimmenden wollen ein casinofreies Liechtenstein. Weitere 15 Prozent sind der Ansicht, Liechtenstein vertrage ein Casino. Je ein knappes Viertel der Stimmenden gab bei dieser Frage zwei Casinos bzw. drei bis fünf Casinos an. 15 Prozent wollten überhaupt keine Beschränkung. Wer kein Casino wollte, stimmte meist (87 %) Ja. Wer mit einem Casino im Land «grundsätzlich leben könnte», nahm das Begehren mit 63 Prozent an. Die Schwelle zu einem Nein liegt bei zwei Casinos. Wer der Ansicht ist, die «Schmerzgrenze» läge bei zwei Casinos im Lande, lehnte das Verbot mit überwältigender Mehrheit (88 %) ab.

Stimmentscheid nach bevorzugter Anzahl Casinos (in Prozent; N = 1'566)



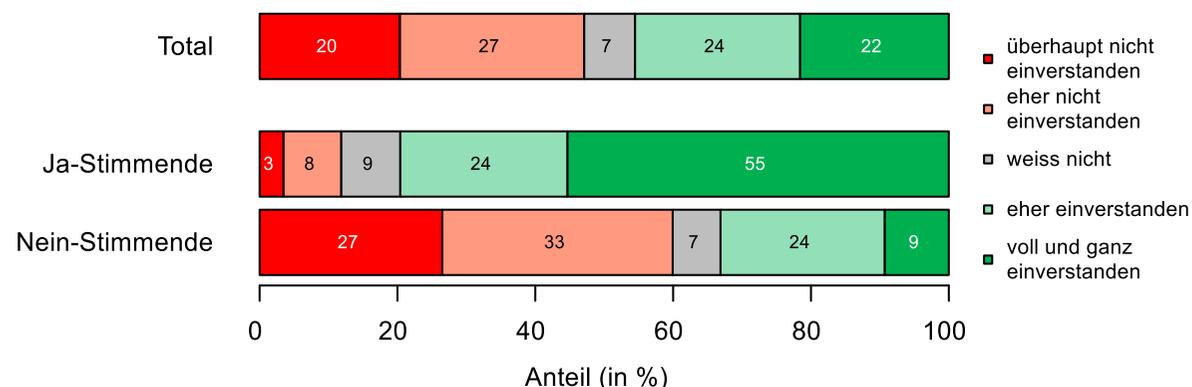
Wer keine Einschränkung will, legte praktisch sicher ein Nein ein. Zusammengefasst kann man sagen: Einer Mehrheit der Stimmenden ist die aktuelle Casino-Dichte zwar zu hoch, aber ein Verbot ist den meisten von ihnen zu radikal.

# Anklang der Pro-Argumente I

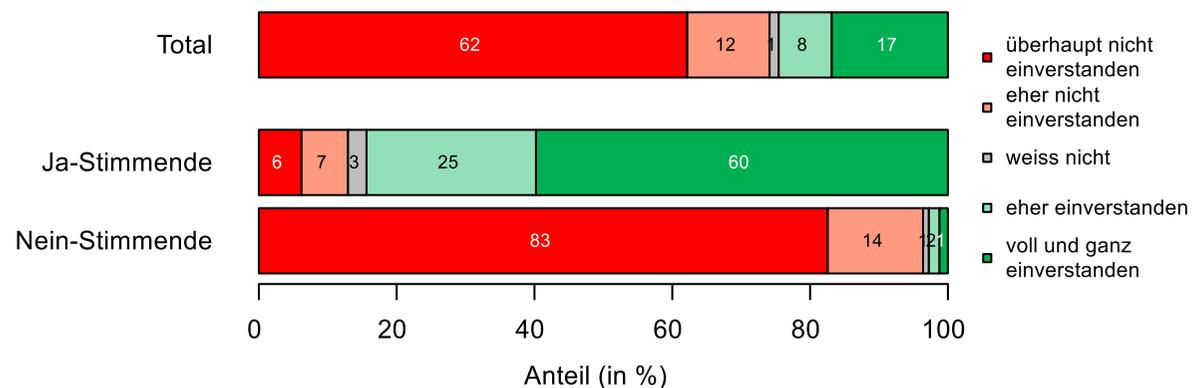
Das Pro-Argument mit der grössten Zustimmung war jenes, das auch auf Plakaten zu lesen war: «Ausländische Casino-Betreiber sollen hier nicht das Sagen haben.» 46 Prozent aller Stimmenden stimmten dieser Forderung zu. Das ist zwar keine Mehrheit, aber liegt doch merklich über dem Ja-Stimmen-Anteil von rund 27 Prozent. Indes, Zustimmung zu einer Aussage und Verhaltensrelevanz sind zwei unterschiedliche Dinge: Eine Mehrheit (53 %) jener, die ausländischen Casino-Betreibern das Sagen hierzulande (eher) verwehren wollte, verwarf das Casino-Verbot trotzdem. Entweder weil dieses Argument ihrer Ansicht nach bloss zweitrangig war oder weil sie keinen Zusammenhang zur Vorlage erkannte. Auf jeden Fall spielt dieses Argument auch in multivariaten Modellen zur Erklärung des Stimmverhaltens keine signifikante Rolle.

Praktisch keinen Rückhalt unter den Nein-Stimmenden fand das Argument zur Rechtfertigung eines Totalverbots. Es lautete: «Die einzige Möglichkeit, den Casino-Wildwuchs zu stoppen, ist ein generelles Casino-Verbot.» Dies stellten so gut wie alle Nein-Stimmenden (97 %) in Abrede.

## «Ausländische Casino-Betreiber sollen hier nicht das Sagen haben.»



## «Die einzige Möglichkeit, den Casino-Wildwuchs zu stoppen, ist ein generelles Casino-Verbot.»

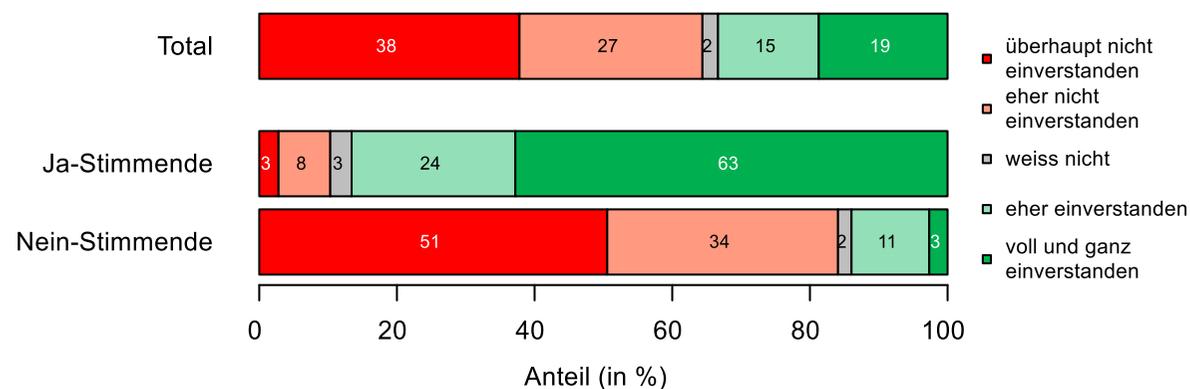


## Anklang der Pro-Argumente II

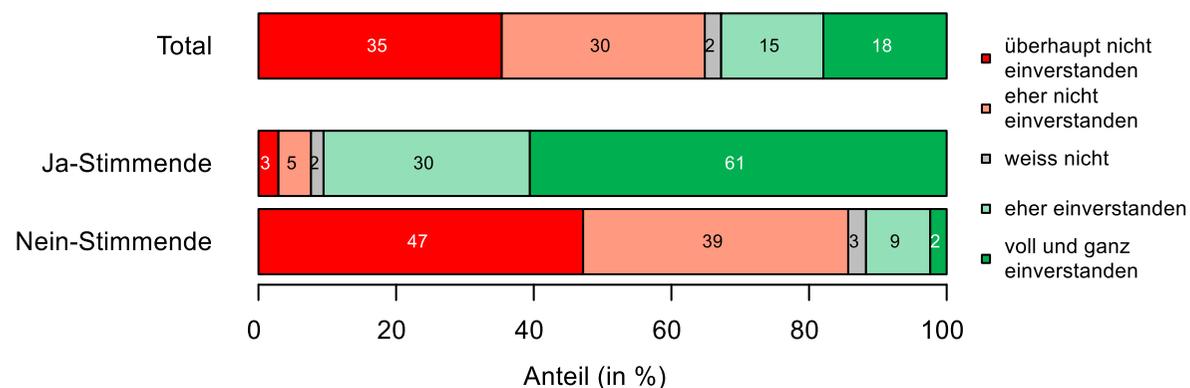
Dass von den Casinos ein Reputationsschaden für Liechtenstein ausgehe, bestritt eine Mehrheit der Stimmenden (65%). Auch das Argument, wonach die Casinos keinen gesellschaftlichen Nutzen schaffen würden, sondern lediglich Belastungen verschiedener Art bringen würden, bestritten die Stimmenden mehrheitlich (65%).

Beide Argumente fanden Anklang bei den Ja-Stimmenden. Für 87 Prozent von ihnen stellen die Casinos einen Reputationsschaden für Liechtenstein dar, während sogar 91 Prozent den Casinos einen gesellschaftlichen Nutzen absprechen. Das gegenteilige Bild zeigt sich bei den Nein-Stimmenden. Nur Minderheiten von 14 respektive 11 Prozent sehen wegen den Casinos einen Reputationsschaden für das Land oder verneinen einen gesellschaftlichen Nutzen.

### «Casinos sind ein Reputationsschaden für Liechtenstein.»



### «Casinos schaffen für unsere Gesellschaft keinen Nutzen. Im Gegenteil: Sie belasten die staatliche Infrastruktur, bringen Mehrverkehr und sind in keiner Weise nachhaltig.»

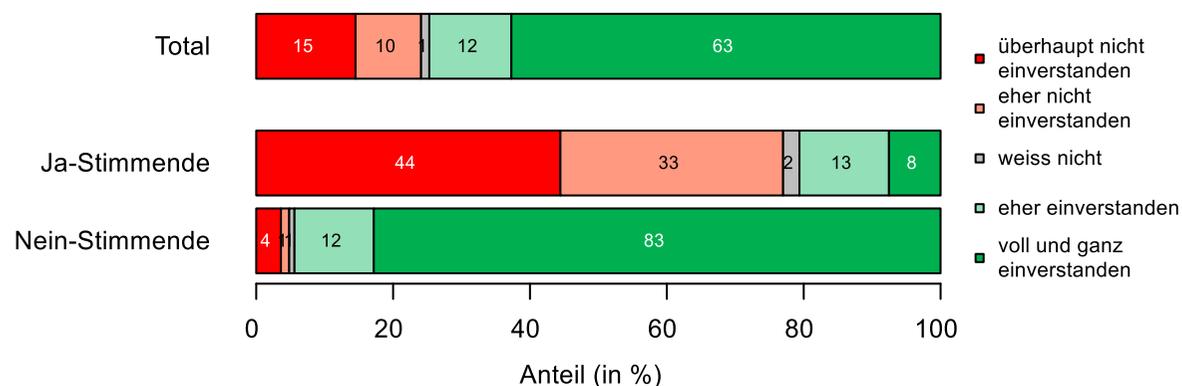


# Anklang der Kontra-Argumente I

95 Prozent der Nein-Stimmenden waren der Ansicht, dass ein generelles Verbot über das Ziel hinausschiesse. Auch wenn die Nein-Stimmenden unterschiedliche Motive für ihre Ablehnung der Vorlage hatten, waren sich darin einig, dass das Begehren zu weit ging.

Selbst ein Fünftel (21 %) der Ja-Stimmenden hielt die Initiative für zu radikal. Warum stimmten sie der Vorlage trotzdem zu? Sie wollten möglicherweise ein Zeichen setzen oder entschieden sich, vor die Wahl gestellt zwischen keinem oder sechs Casinos, für Ersteres, obwohl sie das Geldspiel nicht kategorisch ablehnen. Diese Vermutung wird durch den Befund genährt, dass rund drei Viertel dieser Gruppe von Ja-Stimmenden (Ja-Stimmende, die aber der Ansicht sind, die Initiative gehe zu weit) angaben, dass es zumindest ein Casino im Land verträge.

«Ein generelles Verbot aller Casinos in Liechtenstein schiesst über das Ziel hinaus.»

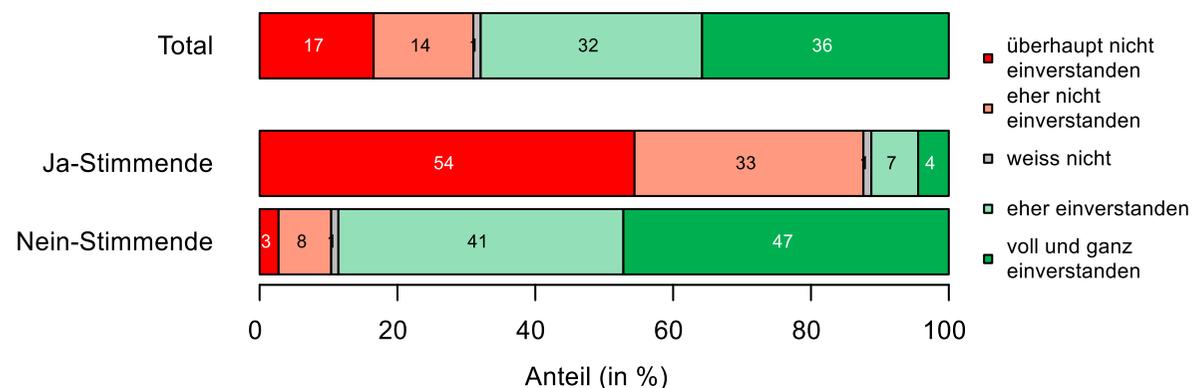


## Anklang der Kontra-Argumente II

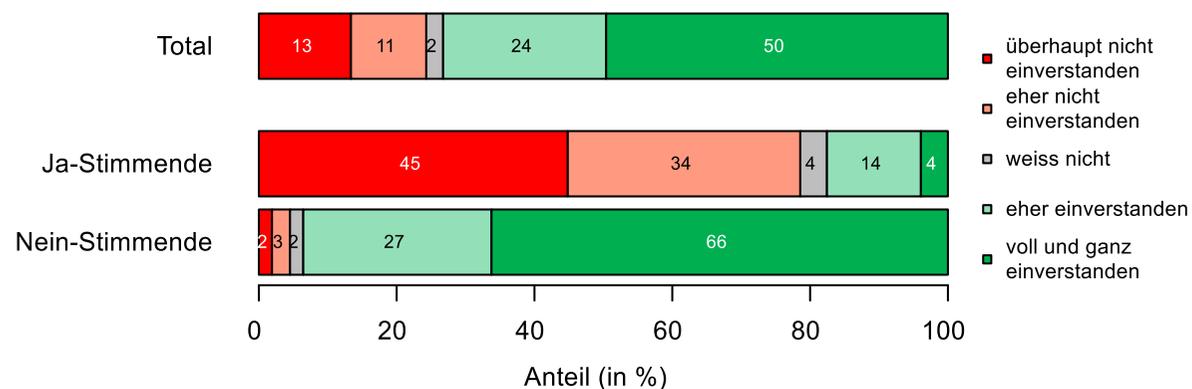
Ökonomische Motive spielten ebenfalls eine wichtige Rolle: Dass Casinos ein Wirtschaftsfaktor sind, auf dessen Output (Steuereinnahmen, Arbeitsplätze) nicht einfach verzichtet werden könne, bejahten 68 Prozent der Stimmenden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass das ökonomische Argument selbst im gemässigt-linken Lager auf mehrheitliche Zustimmung stiess. Dazu gehören jene Befragten, die sich auf der Links-Rechts-Skala (0–10) bei 3 oder 4 einstuften (5 = Mitte). Ja-Stimmende stellen dies mehrheitlich in Abrede, und meinten damit wohl hauptsächlich die Schlussfolgerung, wonach auf Steuereinnahmen nicht einfach so verzichtet werden könne.

Die überwiegende Mehrheit (74%) der Stimmenden (und erst recht des Nein-Lagers) sieht im Casino-Verbot auch keine Lösung der sozialen Probleme, die aus dem Geldspiel resultieren. Eine grosse Mehrheit ist überzeugt, dass sich das Problem bei einem Casino-Verbot bloss ins Internet verlagern, aber nicht gelöst würde.

«Casinos sind ein Wirtschaftsfaktor: Sie schaffen Arbeitsplätze und zahlen Millionen an Steuern. Darauf kann nicht so einfach verzichtet werden.»



«Ein Casino-Verbot löst keine Probleme. Die Nachfrage nach Geldspielen würde sich dann einfach in nicht-regulierte Angebote im Internet verlagern.»

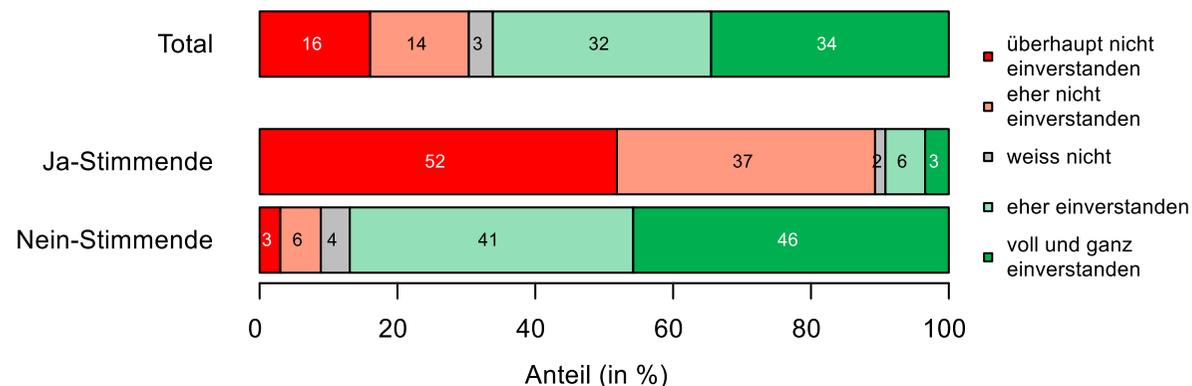


## Anklang der Kontra-Argumente III

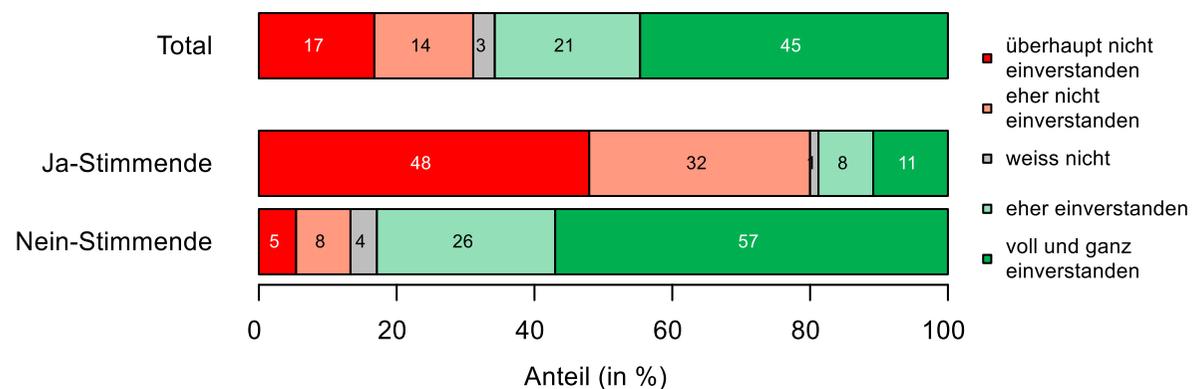
Das im November 2022 beschlossene Casino-Bewilligungsmoratorium war für viele Nein-Stimmende ein (weiterer) Ablehnungsgrund: Eine überwältigende Mehrheit der Nein-Stimmenden, darunter gerade auch jene, die sich weniger Casinos im Lande wünschen, war der Ansicht, dass das Moratorium (und andere Massnahmen) ein weiteres Casino-Wachstum verhindern würden. Ein Verbot sei deshalb nicht nötig. Tatsächlich war das Moratoriums-Argument neben dem Argument, wonach ein Verbot keine Probleme löse, sondern nur verlagere, ein zentrales Motiv jener Nein-Stimmenden, die – ginge es nach ihnen – eine oder zwei Spielbanken im Lande zulassen würden.

Auch das Argument der Verbotskultur, welche den Wirtschaftsstandort Liechtenstein gefährde, fand mehrheitliche Zustimmung unter den Nein-Stimmenden.

### «Das Casino-Moratorium der Regierung und andere Massnahmen verhindern ein weiteres Casino-Wachstum. Ein Verbot der Casinos ist deshalb nicht notwendig.»



### «Liechtenstein hat den Ruf eines liberalen und verlässlichen Wirtschaftsstandortes. Eine Verbotskultur gefährdet diesen Ruf.»

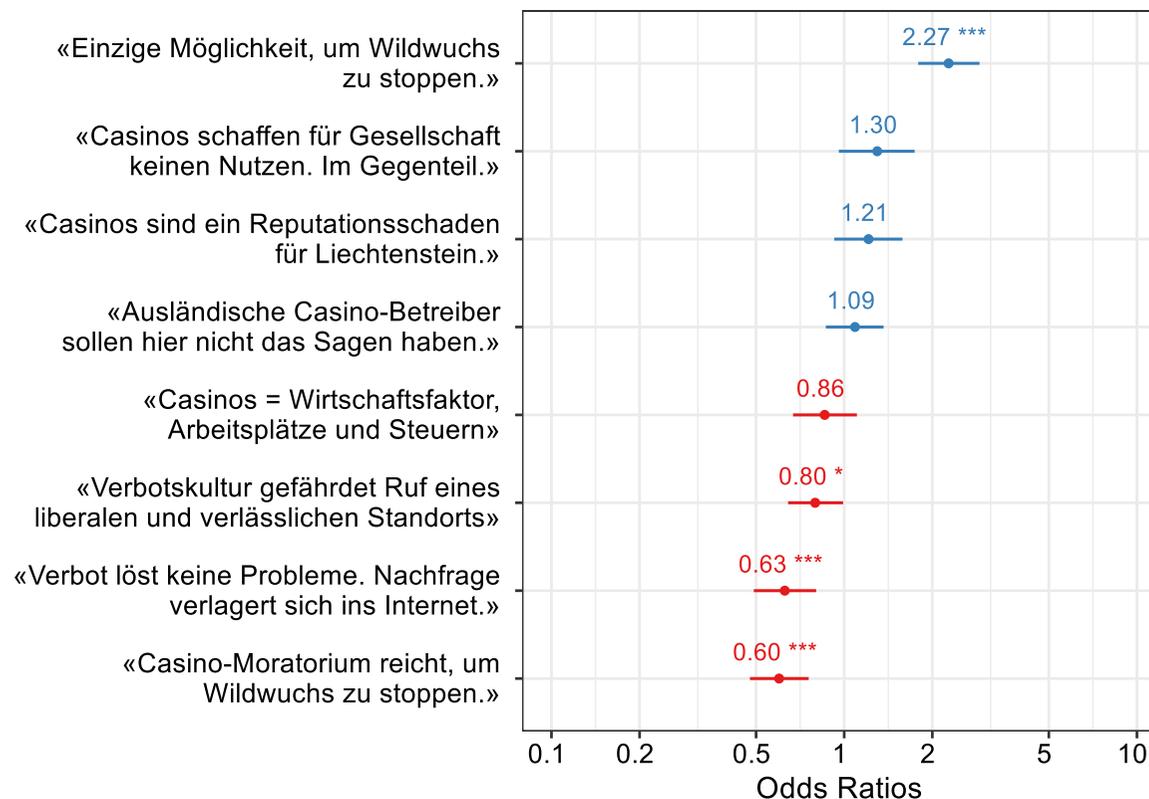


## Zusammenfassung: Welche Argumente motivierten den Stimmentscheid am stärksten?

In einer binär-logistischen Regressionsanalyse wird geprüft, wie gross der Einfluss der verschiedenen Merkmale auf den Stimmentscheid ist, wenn für die jeweils anderen Merkmale kontrolliert wird. Konkret geht es also um die Frage, welches Argument für den Stimmentscheid am wichtigsten war. Auskunft liefern die entsprechenden Koeffizienten bzw. die Distanz von einem Odds-Ratio-Wert von 1. Je weiter weg, desto einflussstärker war das Argument im Vergleich.

Zwei Argumente stechen bei dieser Analyse heraus – und beide haben mit der Überzeugung zu tun, dass einzig ein totales Casino-Verbot den Wildwuchs stoppe. Wer davon überzeugt war, legte ein Ja ein. Der Rest stimmte hingegen Nein, auch wenn Teile davon die aktuelle Casino-Dichte als zu hoch empfanden. Dazu passt, dass auch das Argument, wonach ein Verbot die Nachfrage bloss verlagere, aber das eigentliche Problem nicht löse, stark zum Entscheid beitrug. Im Vergleich dazu spielten das Reputations-Argument oder auch das Wirtschaftsargument eine sekundäre Rolle. Kurzum, die Casino-Situation wird zwar durchaus kritisch betrachtet, aber die vorgelegte Verbotslösung aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt.

### Regressionsmodell der Argumente auf den Stimmentscheid

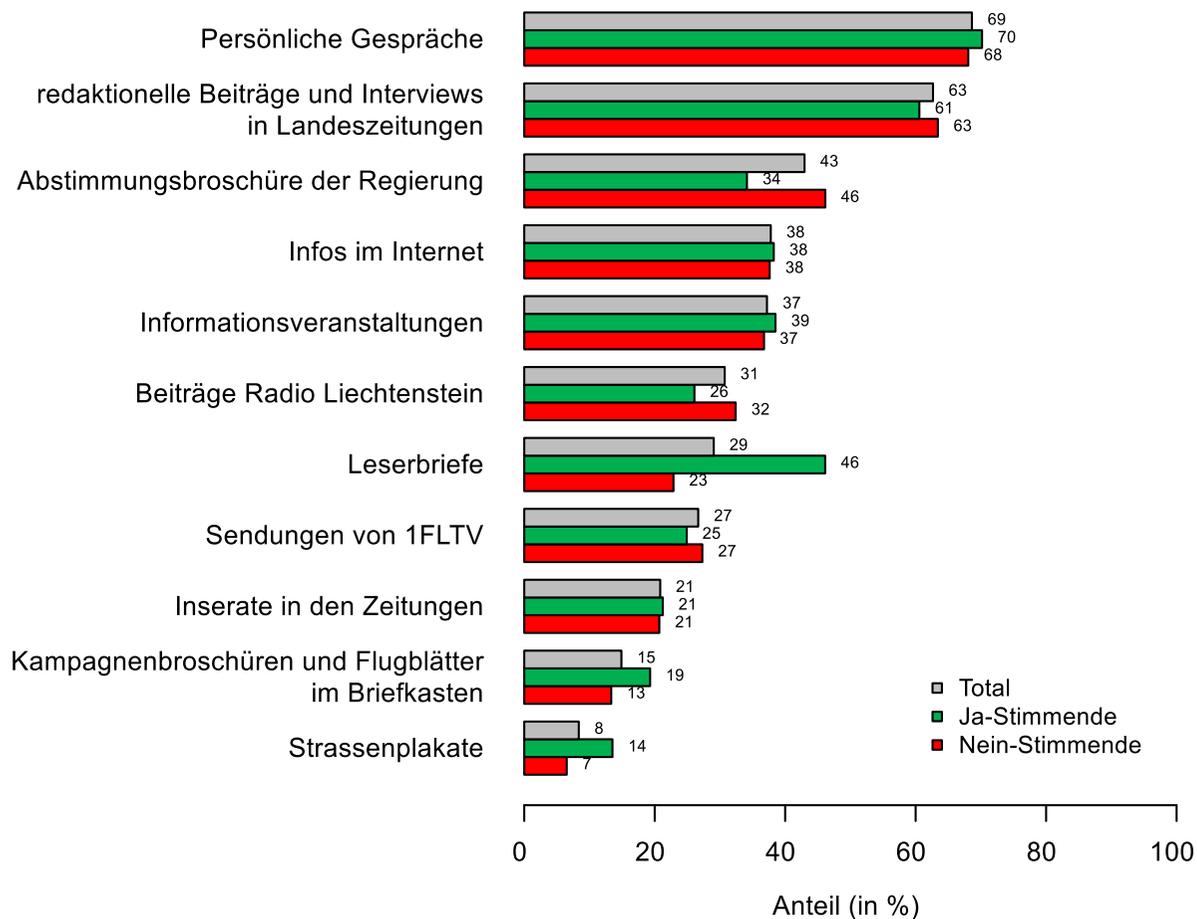


## Wichtigkeit der Informationskanäle nach Entscheid

Informationen wurden viele genutzt und alle Informationskanäle wurden von Ja- wie auch Nein-Stimmenden aufgerufen. Unterschiede gibt es vor allem bei zwei Informationsquellen: Ja-Stimmende informierten sich stark über Leserbriefe, Nein-Stimmende mithilfe der Abstimmungsbroschüre der Regierung.

Der insgesamt am häufigsten als sehr oder eher wichtig wahrgenommene Informationskanal ist nach wie vor das persönliche Gespräch, und zwar für die Ja- wie auch für die Nein-Stimmenden. Im Kontrast dazu stehen die Kampagnenbroschüren und Flugblätter im Briefkasten sowie die Strassenplakate, die von weniger als einem Fünftel der Befragten als sehr oder eher wichtig wahrgenommen wurden.

Wichtigkeit Informationskanäle (in Prozent; Anteil «wichtig» oder «eher wichtig»; N = 1'566)



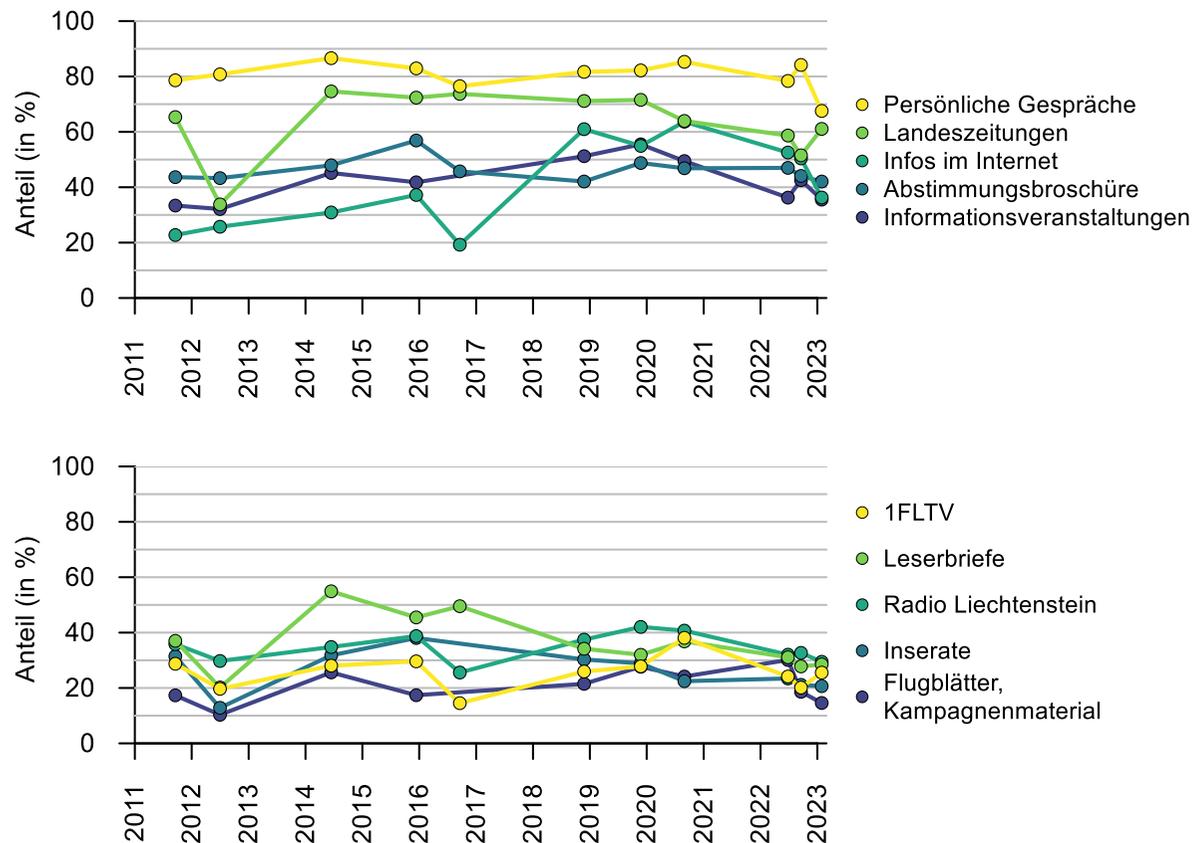
# Wichtigkeit der Informationskanäle über die Zeit

Der Vergleich der wahrgenommenen Wichtigkeit verschiedener Informationskanäle über die Zeit bestätigt die Wichtigkeit des persönlichen Gesprächs für die Stimmberechtigten. Der Anteil der Befragten, die das persönliche Gespräch als sehr oder eher wichtig erachteten, liegt jedoch tiefer als in den vorangehenden Abstimmungen und bleibt erstmals unter der 70-Prozent-Marke.

Auf das persönliche Gespräch folgen wie immer seit 2014 die redaktionellen Beiträge und Interviews in den Landeszeitungen. Am dritthäufigsten wurde die Abstimmungsbroschüre der Regierung als sehr oder eher wichtig wahrgenommen. Demgegenüber haben bei dieser Abstimmung die Informationen im Internet eine etwas geringere Rolle gespielt.

Weniger als ein Viertel der Befragten mass im Kontext der Casino-Abstimmung den Kampagnenbroschüren und Flugblättern im Briefkasten sowie den Inseraten in den Zeitungen eine sehr oder eher grosse Wichtigkeit zu. Für beide Kanäle kommt dies den tiefsten Werten seit 2014 gleich.

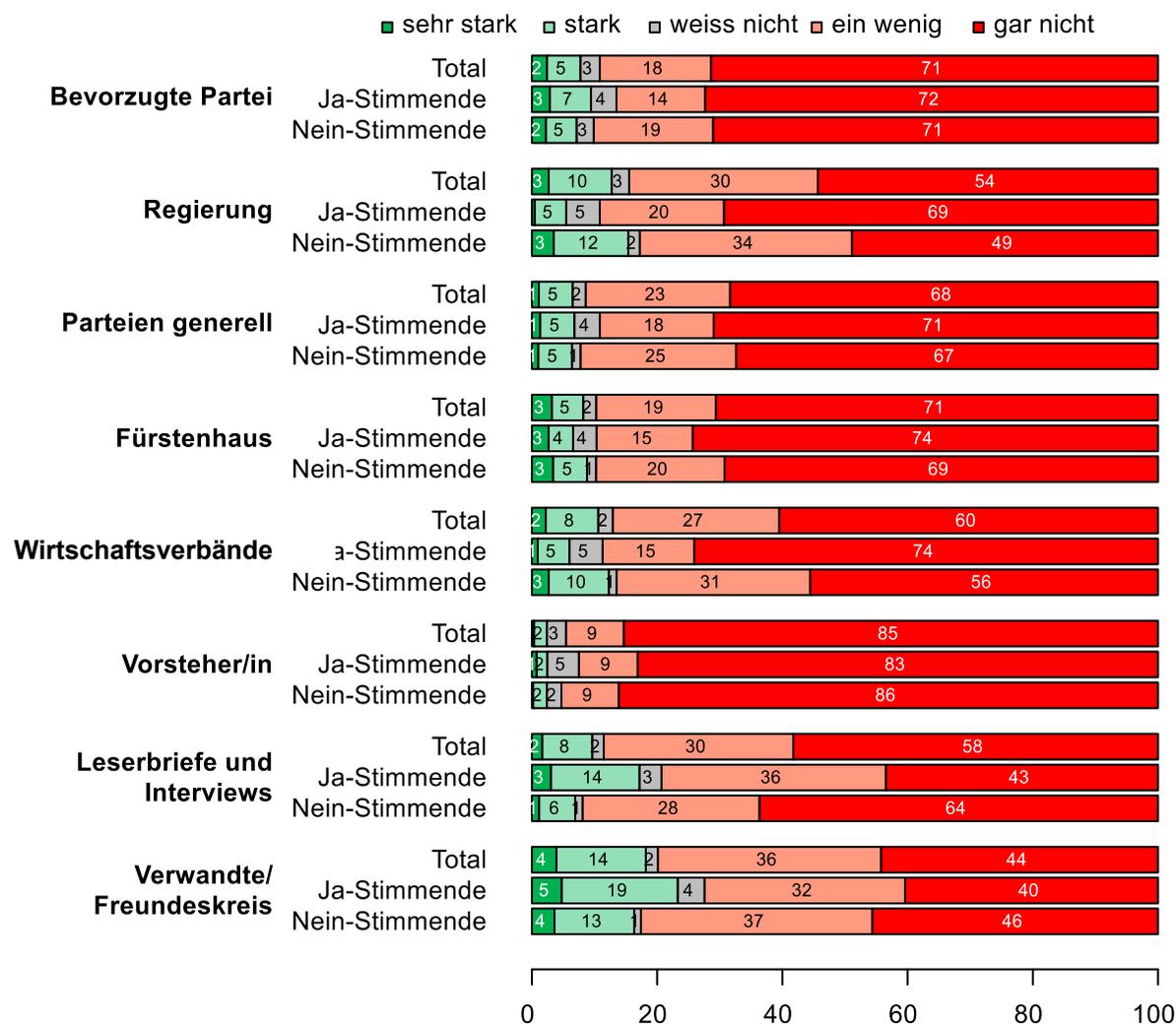
Wichtigkeit der Informationskanäle bei Abstimmungen und Wahlen von 2011 bis 2023 (in Prozent; Anteil «wichtig» oder «eher wichtig»)



# Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung

Empfehlungen spielten keine überaus wichtige Rolle. Ja-Stimmende beriefen sich vergleichsweise häufig auf Leserbriefe und Verwandte/Bekannte, während sich Nein-Stimmende stärker auf die Empfehlung der Wirtschaftsverbände und der Regierung absützten. Aber nichtsdestotrotz orientierte sich nur eine Minderheit an Stimmempfehlungen.

Beeinflussung durch Abstimmungsempfehlungen (in Prozent; N = 1'566)

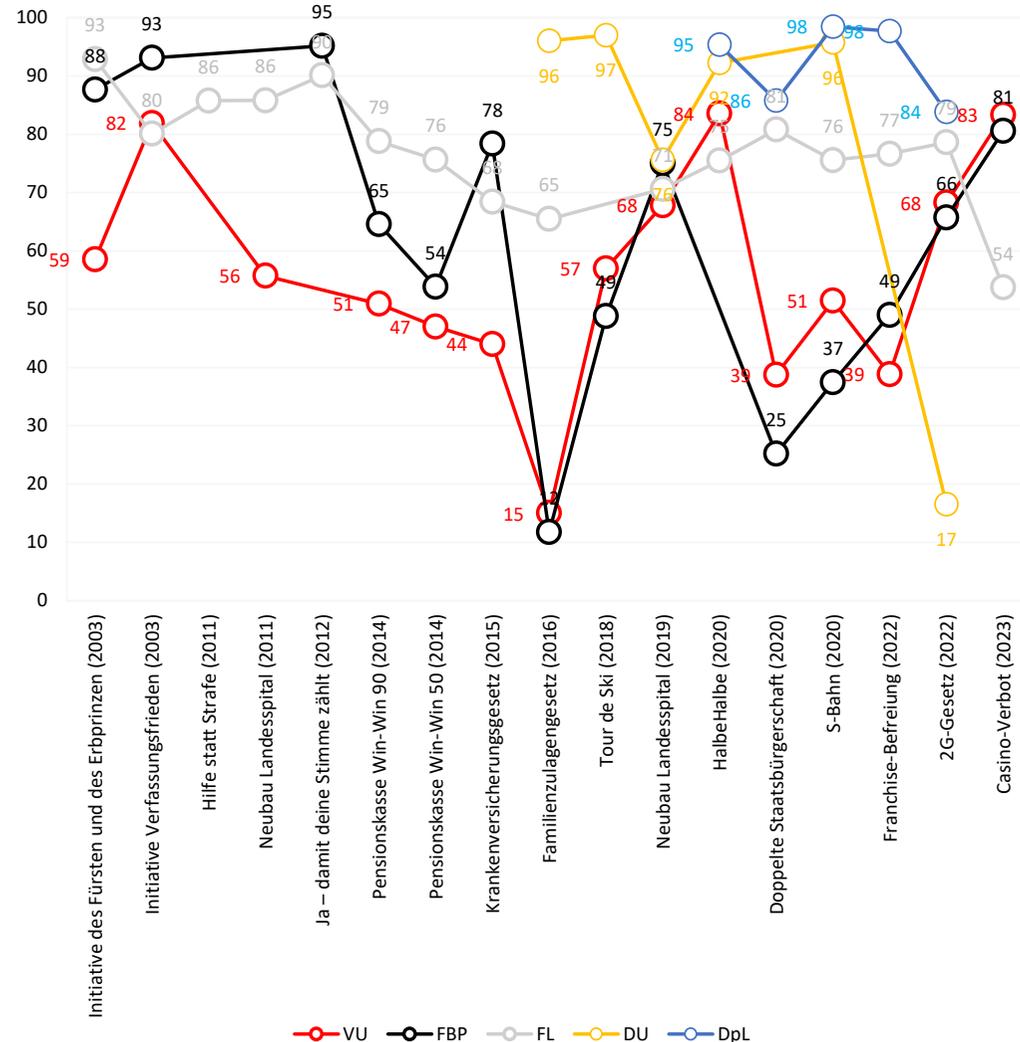


# Parteilinienübereinstimmung

Parteien geben im Vorfeld Empfehlungen oder Parolen ab. Zwar längst nicht immer, aber oft. VU und FBP empfahlen beispielsweise eine Ablehnung der Initiative, während die FL die Ja-Parole fasste. Wie stark halten sich die Parteianhängerschaften an diese Empfehlungen? Umfragedaten liegen zu insgesamt 17 Vorlagen zwischen 2003 und 2023 vor.

Historisch betrachtet ist die Übereinstimmung bei den Anhängerschaften der oppositionellen Kleinparteien deutlich höher als bei den Anhängerschaften der beiden Grossparteien. Alleine aufgrund der Grösse, aber auch der ideologischen Heterogenität der Grossparteien ist dies auch zu erwarten. Bemerkenswert ist indessen, dass die FL-Anhängerschaft am Abstimmungssonntag ihren bisher tiefsten Übereinstimmungswert erzielte. Nur 54 Prozent stimmten der Initiative zu, welche von ihrer Partei zur Annahme empfohlen worden war. Üblicherweise ist die Parteilinientreue der FL deutlich höher.

Übereinstimmung von Parteiparole und Stimmverhalten der jeweiligen Parteianhängerschaft (17 Vorlagen) zwischen 2003 und 2023



## **Herausgeber**

Liechtenstein-Institut

[www.liechtenstein-institut.li](http://www.liechtenstein-institut.li)

## **Autoren**

Thomas Milic ([thomas.milic@liechtenstein-institut.li](mailto:thomas.milic@liechtenstein-institut.li))

Philippe Rochat ([philippe.rochat@liechtenstein-institut.li](mailto:philippe.rochat@liechtenstein-institut.li))

## **Kooperationspartner Onlineumfrage**

Liechtensteiner Vaterland, Liechtensteiner Volksblatt

**doi:10.13091/li-aktuell-2023-1**

**© Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern 2023**

---

Liechtenstein-Institut | St. Luziweg 2 | 9487 Gamprin-Bendern | Liechtenstein

T +423 320 33 00

[info@liechtenstein-institut.li](mailto:info@liechtenstein-institut.li) | [www.liechtenstein-institut.li](http://www.liechtenstein-institut.li)

